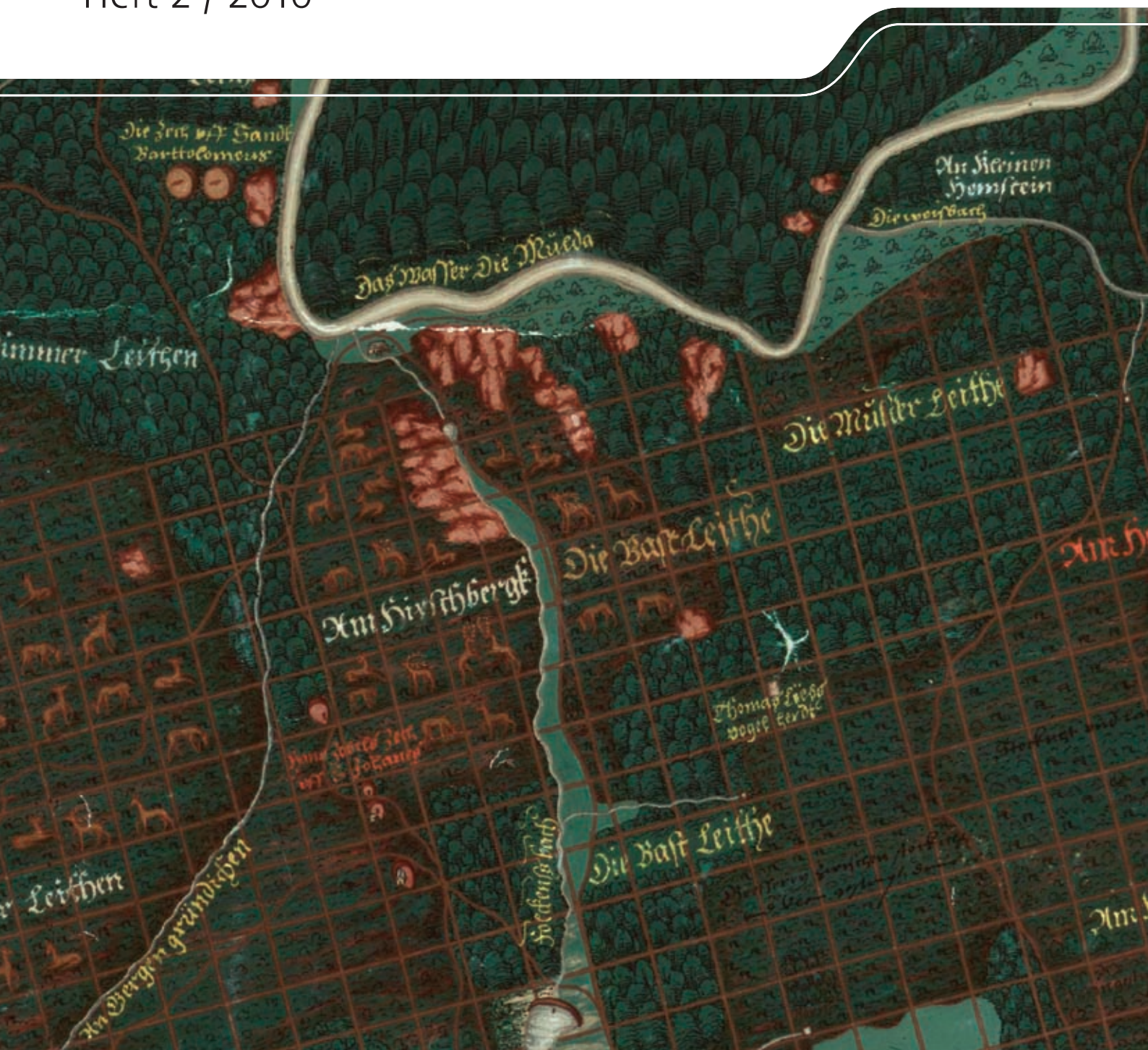


Sächsisches Archivblatt

Heft 2 / 2010





Seite aus dem Diplom Kaiser Leopold II. über die Erteilung der Fürstenwürde an Graf Otto Carl Friedrich von Schönburg und seine Nachkommen, ausgestellt zu Frankfurt/Main am 9. Oktober 1790 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, 30571 Urkunden der Hauptlinie Waldenburg, Nr. C.I.3)

Die Rangerhöhung wird erkennbar an dem Fürstenhut, der das Wappen der Schönburger bekrönt. Über dem Schönburgischen Wappen schweben die Wappen der acht Kurfürsten. Zuoberst symbolisiert der doppelköpfige Adler mit dem Wappen des Erzherzogtums Österreich als Herzschild den habsburgischen Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation.

Inhalt

Seite

2	Quellen zur Messegeschichte. Die Fotosammlung des Leipziger Messeamtes 1916 - 1945 im Staatsarchiv Leipzig Marion Bähr
5	Planspiele als archivpädagogisches Angebot Merit Kegel
7	Entwicklung der archivpädagogischen Angebote im Schuljahr 2009/2010 Merit Kegel
8	Staub? - Erste Eindrücke eines Archivpädagogen Michael Günther
9	Das Institut für Energetik in Leipzig Christine Enderlein
12	„25 Jahre Strafarbeitslager wegen Beihilfe zur Fahnenflucht ...“ Barbara Schaller
13	Projekt „Auflösung der Lagerungsgemeinschaften“ verbessert Nutzungsqualität für Schriftgut der südwestsächsischen Lokalverwaltung Michael Wetzel
14	„Türkische Cammern“ außerhalb des Schlossbezirks. Türken im Dresden des 18. Jahrhunderts Andrea Tonert
17	Bericht vom XXIX. Internationalen Kongress der genealogischen und heraldischen Wissenschaften 2010 in Stuttgart Martina Wermes
18	Fertigstellung des Schlosshofes in Hubertusburg Jürgen Rainer Wolf
18	Erstes Tschechisch-Sächsisches Archivarstreffen vom 4. bis 6. Juni 2010 in Děčín Grit Richter-Laugwitz
19	Workshop der sächsischen Kommunalarchivarinnen und -archive „Bewertung von elektronischen Fachverfahren in der kommunalen Verwaltung“ Grit Richter-Laugwitz
20	„Genau messen = Herrschaft verorten“. Eine Ausstellungskooperation zwischen den Staatlichen Kunstsammlungen und dem Hauptstaatsarchiv Dresden Wolfram Dolz/Yvonne Fritz/Peter Wiegand
22	Rezensionen: Mary Lynn Ritzenthaler, Preserving archives & manuscripts, 2. Aufl., Chicago 2010 Rezension von Martina Wermes
22	Annerose Kirchner, Spurlos verschwunden. Dörfer in Thüringen – Opfer des Uranabbaus, Berlin 2010 Rezension von Clemens Heitmann
23	Helga Kuhne, Eisenbahndirektion Dresden 1869 – 1993, Berlin 2009 Rezension von Clemens Heitmann

Quellen zur Messegeschichte. Die Fotosammlung des Leipziger Messeamtes 1916–1945 im Staatsarchiv Leipzig

Zur Geschichte der Leipziger Messe sind in Vergangenheit und Gegenwart zahlreiche Publikationen erschienen. Dennoch: die messegeschichtliche Forschung ist noch nicht beendet und längst sind nicht alle in Frage kommenden Quellen ausgewertet. Dabei geht es nicht nur um die Messegeschichte im engeren Sinne. Die mannigfaltigen Verflechtungen zwischen Messe, Politik, Kultur, Industrie und Handwerk, Technik, Bauwesen, Verkehr, Nachrichten- und Finanzwesen, die weit über den nationalen Rahmen hinausgehen, sind Grund für eine vielfältige Nutzung und Auswertung von Unterlagen zur Leipziger Messe.

Zur Unterstützung entsprechender Forschungsvorhaben speziell für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts konnte jetzt vom Staatsarchiv Leipzig das Findbuch zu einem Teil des Bestands 20202 Leipziger Messeamt (I) – die Fotosammlung – online gestellt werden, nachdem diese Foto-Überlieferung im Rahmen eines Projektes durch Retrokonversion elektronisch nutzbar gemacht wurde.



Kinder mit Handwagen zum Transport von Gepäck vor dem Leipziger Hauptbahnhof in Erwartung der Messebesucher. Frühjahrsmesse 1919, Foto: W. Gircke, Berlin (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20202 Leipziger Messeamt (I), F 2188)



Ausstellung erbeuteter polnischer Waffen zur Leipziger Frühjahrsmesse 1940, Foto: Associated Press GmbH, Berlin (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20202 Leipziger Messeamt (I), F 1299)

Im August 1916 erhielt das „Meßamt für die Mustermessen in Leipzig“ durch das Sächsische Ministerium des Innern seine Rechtsfähigkeit in Form eines eingetragenen Vereins und nahm im Februar 1917 seine Tätigkeit auf. Hauptaufgaben waren die Pflege und Förderung der alljährlich zweimal in Leipzig

stattfindenden Messen. 1921 wurde das Meßamt in eine Körperschaft öffentlichen Rechts umgewandelt, im März 1926 erfolgte die Namensänderung in „Leipziger Messeamt“. Von Beginn an nahm die Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit einen Hauptteil in der Tätigkeit des Messeamtes ein. Zur Unterstützung der publizistischen Arbeit wurde bereits 1917 ein Ausschuss für Presseangelegenheiten geschaffen, der auf seiner ersten Sitzung beschloss, verstärkt freie Schriftsteller zur Berichterstattung heranzuziehen. Auch die bildliche Darstellung sollte durch Gewinnung namhafter Zeichner und Fotografen verbessert werden.

Dabei ging es zum einen um die Bereitstellung von Artikeln und Bildmaterial für die messe-eigene Zeitung „Die Leipziger Mustermesse“ (1923 Umbenennung in „Messamtliche Wirtschafts- und Exportzeitung“), zum anderen und das hauptsächlich, um die Versorgung der allgemeinen Presse mit Informationen und Mitteilungen. Im Frühjahr 1918 waren es rund 350 Tageszeitungen und Fachzeitschriften, die per Presseverteiler über das Messereschehen und die Tätigkeit des Messeamtes informiert wurden. Der steigenden Nachfrage der Illustrierten nach Bilddokumenten wurde mit einem verstärkten Angebot an Fotografien entsprochen. Zahlreiche Fotografen

fanden dadurch den Weg nach Leipzig und stellten sich in den Dienst des Messeamtes.

Für die Öffentlichkeitsarbeit war die im Juni 1917 geschaffene „Literarische Abteilung“ des Messeamtes, der auch das Fotoarchiv angeschlossen war, zuständig. Zu ihren Aufgaben zählten die Schriftleitung und die Herausgabe der Messezeitung und Messadressbücher, die Ausgestaltung der Werbedrucksachen und die Zusammenarbeit mit der Presse. Zur Erfüllung dieser Aufgaben waren der Abteilung das Archiv (Zeitungsausschnitte, Fotografien, Diapositive, Bilder) und die Bibliothek sowie der Bereich Statistik zugeteilt. 1920 wurde in der Abteilung der Pressedienst eingerichtet. Strukturelle Änderungen in der Organisation bewirkten 1928 eine Neueinteilung der „Literarischen Abteilung“ unter gleichzeitiger Neufestsetzung und Erweiterung der Arbeitsgebiete. So war die Abteilung jetzt auch für die Werbung in Form von Inseraten im In- und Ausland, die Gestaltung von Broschüren, Plakaten, Filmen, Lichtbildern und Lichtreklame wie auch für die Veranstaltung von Tagungen, Kongressen und Vorträgen zuständig.

Hauptaufgabe des Fotoarchivs waren der Erwerb, die Ordnung und Verzeichnung der Fotos sowie die Bereitstellung geeigneter

Aufnahmen für Werbe- und Öffentlichkeitszwecke. 1929 umfasste das Fotoarchiv 6.410 Originalaufnahmen, die für Presseveröffentlichungen und zur Herstellung von Diapositiven für Lichtbildervorträge genutzt wurden. Während des Zweiten Weltkrieges war das Fotoarchiv in die Ausweichstelle des Leipziger Messeamtes nach Geithain ausgelagert. Dort sind nach Aussage des früheren Betriebsarchivars des Leipziger Messeamtes ca. 4.000 Aufnahmen abhanden gekommen.

Die Fotosammlung gelangte Ende der 1970er Jahre zusammen mit den Geschäftsakten und der Druckschriftensammlung des Leipziger Messeamtes in das Staatsarchiv Leipzig.

Als Findmittel für das Fotoarchiv lag eine Kartei vor. Die Strukturierung des Findmittels entsprach einer Systematik, die in der Literarischen Abteilung des Messeamtes entsprechend den Nutzermöglichkeiten entwickelt wurde und die vier Hauptgruppen Allgemeine Aufnahmen, Aufnahmen von der Mustermesse, Technischen Messe und Baumesse sowie Sonstige Messeausstellungen umfasste. Die überlieferte, historische Klassifikation wurde fast ausnahmslos beibehalten.

Die Original-Kartei entstand sukzessive bei der Registrierung der eingehenden Fotos und wies demzufolge viele Schreiberhände mit ihren Eigenheiten bzw. z. T. ungeläufigen Abkürzungen auf. Ab 1922 wurden die Karteikarten jedoch zunehmend mit Schreibmaschine geschrieben.

Die im Vorfeld der Bearbeitung durchgeführte Überprüfung der vorliegenden Unterlagen ergab, dass die auf Pappe aufgezogenen Fotos teilweise umfangreichere Informationen enthielten als die Kartei, so dass im Zuge der



Ausstellungsgelände der Technischen Messe mit landendem Postflugzeug aus Berlin. Frühjahrsmesse 1922, Foto: Robert Sennecke, Berlin (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20202 Leipziger Messeamt (I), F 2190)

PC-Eingabe vielfach auf das Original-Foto zurück gegriffen worden ist.

Der Fototitel spiegelt in der Regel den Fotoinhalt wider. Unsicherheiten bzw. ungenaue Informationsinhalte bei der ursprünglichen Fotobezeichnung wiesen darauf hin, dass der für das Messeamt tätige Fotograf offensichtlich nicht in jedem Falle eine konkrete Bildmotivangabe mitgeliefert hatte und die Fotobezeichnung im Büro bei der Registrierung durch die Angestellten vergeben worden ist. Dadurch sind in einigen Fällen sehr allgemein gehaltene Bildtitel entstanden, die bei der archivistischen Bearbeitung nicht in jedem Falle konkretisiert werden konnten. Das betrifft z. B. die Bezeichnung von Ausstellungsobjekten oder auch die Benennung ausstellender

Firmen. Als eine Besonderheit bei diesem Teilbestand ist die Datierung anzusehen: So wurde die überlieferte Datumsangabe „FM“ für Frühjahrsmesse zuzüglich Jahresangabe bzw. „HM“ für Herbstmesse zuzüglich Jahresangabe übernommen. Die Verzeichnungsangabe des Fotografen (Hersteller, Lieferer) zeigt, dass das Messeamt hauptsächlich mit von Privatfotografen gefertigten Fotos versorgt wurde. Nur ein geringer Teil trägt den Stempel von Presse- oder Bilderdiensten bzw. von Firmen oder vom Messeamt selbst.

Die im Zuge der Konversion vorgenommenen Erschließungsverbesserungen beziehen sich auf eine über die ursprüngliche Bezeichnung hinausgehende Beschreibung des Fotoinhalts, die Erfassung der Fotoarten und der Bildformate, die Auflösungen von Abkürzungen, die Ergänzung fehlender Datierungen sowie die Fertigung von Indizes.

Die Fotosammlung des Leipziger Messeamtes umfasst 17.295 Fotos aus dem Zeitraum 1910–1964. Mitte der 1920er Jahre steigt die Zahl der Fotos deutlich an, um in den Jahren 1935–1941 einen Höhepunkt zu erreichen. Der größte Teil der Fotos sind Abzüge/Positive im Format 13 x 18 cm und 18 x 24 cm. Daneben existieren Kontaktabzüge und wenige Negative.

Fotografien können als eigenständige Quellengattung für die historische Forschung von Interesse sein. Die Bedeutung und Aussagekraft von Bildmaterial erhöht sich jedoch in der Regel, wenn es im Kontext mit weiteren Archivaliengattungen auftritt. Im konkreten Falle setzt sich die Überlieferung des Leipziger Messeamtes neben den Fotos aus den Bestandteilen Ge-



Marktplatz vor dem Alten Rathaus mit Reklamaufbauten. Die „Alte Waage“ (beflaggt) war der Sitz des Leipziger Messeamtes. Frühjahrsmesse 1928, Foto: Anton Blaschke, Leipzig (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20202 Leipziger Messeamt (I), F 2616)



Blick in die Messeausstellung von British-Indien im Ringmessehaus. Frühjahrsmesse 1927, Foto: Eduard Krömer, Leipzig (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20202 Leipziger Messeamt (I), F 3708)

schäftsakten und Druckschriften (Satzungen, Tätigkeitsberichte, Statistiken, Festschriften, Messadressbücher) zusammen. Die Überlieferung der bildlichen Darstellungsform erlaubt eine Ergänzung und Veranschaulichung der schriftlichen Quellen und trägt damit zu einer Erhöhung des Informations- und Aussagewertes des Gesamtbestandes bei. Mitunter ist die Abbildung auch der einzige Nachweis für bestimmte Sachverhalte und kann damit fehlende Schriftlichkeit ersetzen.

Die überlieferten Fotos dokumentieren als Hauptaspekt das Messereschehen im Bild und sind daher als eine Primärquelle zur Geschichte des Messewesens ab 1917 zu betrachten. Daneben liefern die Fotografien Informationen zur Handels-, Wirtschafts-, Industrie- und Technikgeschichte, zur Entwicklung der internationalen Wirtschaftspolitik einschließlich des Innen- und Außenhandels sowie zur Leipziger Stadtgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jh.

Die Hauptgruppe der Allgemeinen Aufnahmen beinhaltet eine große Anzahl Porträts und Gruppenaufnahmen. Dabei handelt es sich um Mitglieder des Aufsichts- bzw. Verwaltungsrates sowie des Vorstandes des Messeamtes, um Persönlichkeiten des Rates der Stadt Leipzig sowie ehrenamtliche Vertreter des Messeamtes im In- und Ausland. Die Gruppenaufnahmen halten u. a. Besuche von in- und ausländischen Staatsoberhäuptern, Regierungsmitgliedern und Ehrengästen wie auch Empfänge des Messeamtes und nationale Treffen ausländischer Aussteller mit ihren Geschäftspartnern fest.

In größerem Umfang finden sich Reproduktionen historischer Dokumente zum Messereschehen in der Sammlung: Stadtbriefe, Messeprivilegien, Urkunden, Zeichnungen, Grafiken und Gemälde.

In der Gruppe der Stadtansichten sind neben den Aufnahmen aller bedeutenden Messehäuser der Innenstadt auch Hotels, Vereinshäuser und öffentliche Einrichtungen, die zeitweise Ausstellungsfunktionen erfüllten, sowie andere Sehenswürdigkeiten von Leipzig festgehalten.

Breiten Raum in der fotografischen Überlieferung nehmen die Bemühungen des Messeamtes zur Messewerbung und -reklame im In- und Ausland ein. Zugeschnitten auf einzelne Fachmessen finden sich dabei v. a. Ansichten von Standaufbauten und zur Reklamegestaltung in den unterschiedlichsten Formen.

Die Hauptgruppe der Mustermesse dokumentiert das Straßengeschehen und das Leben in den Messehäusern während der Leipziger Messe. Hier werden der Bau und die Einrichtung von Messehäusern belegt, aber auch deren Zerstörung im Zweiten Weltkrieg. Ebenso lässt sich die Herausbildung von Kollektivausstellungen sowie von Fachmessen und Sonderausstellungen nachvollziehen. Neben Aussagen zu Ausstellern und Ausstellungsobjekten der verschiedenen Messebranchen gibt es auch Informationen zur Besucherbetreuung. Eine größere Überlieferung findet sich in den Branchen der Spielwaren- sowie der Textil- und Bekleidungsmesse. Unterrepräsentiert mit Bildmotiven erscheinen dagegen die Bereiche Möbel, Buchgewerbe, Glas und Porzellan, Uhren und Schmuckwaren, Nahrungsmittel und Süßwaren.

Eine weitere umfangreiche Hauptgruppe umfasst die Fotografien der Technischen Messe einschließlich der Baumesse. Neben Luftbildern finden sich Aufnahmen vom neu gestalteten Gelände der Technischen Messe, welches 1920 in Betrieb genommen wurde, wie auch Motive zum Bau der Messehallen, zur Standgestaltung, zu Reklameaufbauten, zu speziellen Auslandsausstellungen sowie zu den einzelnen Ausstellern mit ihren Messegütern der verschiedenen Branchen. Besonders zur Baumesse, die bis zu ihrer Übersiedlung auf das Areal der Technischen Messe in Barthels Hof ansässig war, existiert eine Vielzahl von Fotos.

In einer weiteren Systematikgruppe sind die Sonderausstellungen zusammen gefasst. Hier präsentiert sich insbesondere die Erfindermesse. Dabei sind neben technischen Neuerungen auch Kuriositäten, wie z. B. eine Maske zur Schnarch-Präsentation oder die Schnellschwimm-Sandalen bildhaft überliefert.

Nicht zuletzt soll an dieser Stelle auf die Fotografie als Medium selbst hingewiesen werden. Auch wenn die überlieferten Fotos des Messeamtes primär kommerziellen Charakter tragen, sind viele Fotografien als Neben aspekt von der künstlerischen Sprache ihres Urhebers geprägt und können damit einen Beitrag zur Fotografiegeschichte der ersten Hälfte des 20. Jh. leisten.

Dafür stehen u. a. Namen wie Paul Faulstich, Eduard Krömer, Hermann Walter, Ernst Hoerisch, Ferdinand Bimpage, Emil Tiedemann und Heinrich Hoffmann.

Insgesamt zeigt sich die Fotosammlung des Leipziger Messeamtes als eine ebenso einmalige wie umfassende Dokumentation zur Zeitgeschichte. In ihrer Komplexität berührt sie alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens - eine Bilderwelt, die neben Politik, Wirtschaft, Architektur, Kunst und Kultur auch Ereignisse, Persönlichkeiten, Umwelt und Reisen reflektiert und daher für Benutzung und Öffentlichkeitsarbeit einen hohen Stellenwert besitzt.

Eine umfassende konservatorische und restauratorische Behandlung des Bildmaterials steht noch aus. Ziel wird es auch sein, die Fotosammlung in geplante Digitalisierungsvorhaben einzubinden.

Marion Bähr
(Staatsarchiv Leipzig)

Planspiele als archivpädagogisches Angebot

In der Didaktik der Gesellschaftswissenschaften sind Planspiele auf dem Vormarsch. Handlungsorientiert, selbstorganisiert und das eigene Handeln reflektierend – so entsprechen sie den Anforderungen an modernen Unterricht. Vor allem in den Bereichen Wirtschaft (Banksimulationen) oder Geografie (globale Ressourcenentwicklung) hat sich diese Form des projektorientierten Unterrichts etabliert. Historische Themen aufzugreifen, erscheint dagegen schwierig, da die zu simulierende historische Praxissituation weit vom persönlichen Erfahrungshintergrund der Spielteilnehmer entfernt ist. Und doch besteht gerade hier die Chance, in der Reflexionsphase mit Schülern deutlich tiefgründiger in das wahrscheinliche Geschehen einzutauchen.

Die Bestände des Sächsischen Staatsarchivs bieten sich geradezu an, in Form von Planspielen für Schüler aufbereitet zu werden. Aufgrund der Quellenlage kann der Möglichkeitsraum, in dem die Schüler agieren, deutlich definiert und begrenzt werden. Unterschiedliche Bestände ermöglichen auch, dass verschiedene Perspektiven und damit verschiedene Rollen bestimmt und eingenommen werden können. Letztendlich liegt im Vergleichen des eigenen Spielergebnisses mit dem historisch überlieferten Geschehen die Chance, zu hinterfragen, worin die Ursachen für Abweichungen liegen. Ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein kann entwickelt werden.

Das Staatsarchiv Leipzig bietet für Schüler des Leistungskurses Geschichte ein Planspiel zum Thema „Boykott- und Kriegshetze: Der 17. Juni 1953 im Braunkohlewerk (BKW) Espenhain“ an. Die Grundlage für die Erarbeitung der Materialien findet sich in verschiedenen Beständen. So existieren Ermittlungs- und Prozessakten gegen die fünf „Provokateure“ und „Rädelsführer“ im Bestand 20267 Staatsanwalt des Bezirkes Leipzig. Neben Zeugenaussagen und Ermittlungsberichten ist der Prozessablauf mit Anklageschrift und Urteilsbegründung enthalten. Weiterhin ermöglichen die Gnadenhefte einen tiefgründigeren Einblick in die persönliche Situation der Beschuldigten. Hinzu kommen Materialien der Betriebsgewerkschaftsleitung der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) Brikett Kombinat Espenhain (Bestand 20680), Unterlagen der SED-Kreisleitung Leipzig-Land (Bestand 21133) zu den Ereignissen im BKW, die Überlieferung des Stadtfunks Leipzig (Bestand 22044), hier besonders die öffentliche



Kegel, Planspiel

Foto Merit Kegel

Berichterstattung des Schauprozesses gegen Gerda Schiffel, u.a.m. Ergänzend kann auf vielfältige Sekundärliteratur zurückgegriffen werden.

Ziel des Planspieles ist es, den Prozess gegen die fünf Hauptangeklagten „Provokateure“ des BKW Espenhain nachzuspielen. Am Anfang dieses Projektangebotes werden die Schüler mit dem Möglichkeitsraum der Handlung vertraut gemacht. Die Einführung in die historische Situation konkretisiert ausgehend von Vorkenntnissen zu den Ereignissen um den 17. Juni 1953 in der DDR und Berlin die Situation in Leipzig und in den Großbetrieben im Leipziger Umland. Die Schüler erfahren detailliert, wie sich die Situation mit der

2. Schicht im Braunkohlewerk Espenhain zuspitzte. Dabei ist es durch die Überlieferung des Stadtfunks Leipzig möglich, authentische Eindrücke zu vermitteln, wie z.B. durch die Originalaufnahme der Ausrufung des Ausnahmezustandes. Die Schüler erfahren über ein Fallbeispiel auch, dass es Opfer zu beklagen gab, und sie können den Zeitungen dieser Zeit entnehmen, wie die Öffentlichkeit desinformiert wurde. Den Abschluss dieser ersten Informationsphase bildet ein Auszug aus der Tonaufnahme des Prozesses gegen Gerda Schiffel, die als sog. „Rädelsführerin“ öffentlich abgeurteilt wurde. Sprache und Wortwahl werden hierbei ebenso deutlich wie die Atmosphäre eines Schauprozesses.

In einer zweiten Phase beginnt nun das eigentliche Planspiel. Nachdem die Schüler erfahren haben, dass sie den Prozess nachstellen sollen, nehmen sie auf der Grundlage von Rollenkarten eine entsprechende Perspektive ein. Die Rollenkarten basieren auf der historischen Überlieferung. Neben Namen, Alter und Beruf geben sie Auskunft über die Biografie und das persönliche Umfeld. Dabei werden im Archivgesetz enthaltene Schutzfristen thematisiert, da einzelne Mitspieler mit geschwärzten Dokumenten arbeiten müssen. Um sich in die entsprechende Perspektive einarbeiten zu können, erhalten die Spielteilnehmer nun auszugsweise Akteneinsicht. Dabei sind die Auszüge an die entsprechende Rolle angepasst. So hat der Staatsanwalt Einsicht in die Ermittlungsberichte, die Angeklagten sehen neben den eigenen Vernehmungprotokollen auch die Anklageschrift, die Zeugen erhalten neben der eigenen Aussage auch Informationen, die ihnen wahrscheinlich zur Verfügung standen (z.B. der BGL-Vorsitzende die Protokolle der Gewerkschaftsversammlungen), die Richter Auszüge aus den Gesetzestexten des DDR-Strafrechts, der Kontrollratsgesetze und der DDR-Verfassung von 1949. Auf dieser Grundlage muss nun jeder Mitspieler entscheiden, mit welchem Ziel er in die folgende Verhandlung geht.

Das Auswerten von umfangreichen Textquellen zählt nicht zu den beliebtesten Übungen von Schülern. Es ist aber auffallend, dass sich in der Form des Spiels nun ein Interesse entwickelt, Inhalte der Materialien auf einmal persönlich bedeutsam werden. Das Archiv bietet zusätzlich die Möglichkeit, andere Lernbedingungen zu schaffen. Die Phase der Einarbeitung in die Aktenlage findet so im Lesesaal statt – für viele Schüler eine neue, zusätzliche Erfahrung.

Im anschließenden Spiel der Verhandlung ist in der Vergangenheit deutlich geworden, dass es für Jugendliche scheinbar einfach ist, andere Rollen anzunehmen und fremde Perspektiven zu verinnerlichen. Der Verweis auf Parallelen mit aktuellen Computerspielen sei hier erlaubt. Natürlich ist nicht zu erwarten, dass das erspielte Urteil dem historisch überlieferten Urteil entspricht. Häufig ist es so, dass gerade die Richter und Staatsanwälte „im Eifer des Gefechts“ Angeklagte und Zeugen deutlich stärker unter Druck setzen, als es über die Verhandlungsprotokolle belegbar ist. Trotzdem fallen die Strafen milder aus.

Die Reflexionsphase ermöglicht es nun, nicht nur das historische Urteil, sondern auch das Handeln der Spielteilnehmer zu hinterfragen. So ist es für den Staatsanwalt schwierig, die Frage eines Zeugen zu beantworten, weshalb er ihm das Wort im Munde gedreht bzw. nur den Teil der Aussage angenommen habe, der in das eigene Konzept passte. Interessant ist auch die Tatsache, dass die Schüler sich häufig auf die in der Verfassung verbürgten Rechte beziehen. Die Frage, weshalb diese im eigentlichen Prozess keine Rolle spielte, führt tiefer in die Situation von 1953. Weiterhin kann auch thematisiert werden, weshalb sich die damals Angeklagten am Aufstand beteiligten und wie davon ausgehend der 17. Juni 1953 bewertet werden sollte. Ein letzter Schritt ermöglicht die Aktualisierung: Im Rahmen des Einigungsvertrages trat 1990 das „Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet“ in Kraft. Für einen der „Provokateure des BKW Espenhain“ ist überliefert, dass ein Antrag an den Senat für Rehabilitationsverfahren gestellt wurde. In Absprache mit dem Fachlehrer könnte in einer folgenden Geschichtsstunde die Begründung für diesen Antrag verfasst werden.

Durch die Vielfalt der Überlieferung im Staatsarchiv Leipzig zum 17. Juni 1953 im BKW Espenhain ist es möglich, einen relativ gesicherten Möglichkeitsraum zu definieren und verschiedene Perspektiven zu untermauern. Die Schüler gewinnen so an einem Fallbeispiel tiefgründige Einblicke in Probleme und Zusammenhänge der Zeit. Aufgabe des Geschichtsunterrichts bleibt es, dies in den historischen Gesamtkontext einzuordnen. Durch die Notwendigkeit, im Verlauf des Spiels nicht nur eigenständig zu handeln und zu entscheiden, sondern auch sofort die Konsequenzen dieses Handelns zu erfahren, wird das Thema persönlich bedeutsam. Das Projekt fördert somit nicht nur Methoden historischen Lernens, sondern auch soziale Fähigkeiten und Verantwortungsbewusstsein. Perspektivwechsel und Erfolgsmotivation regen den Lernwillen an, durch die Wahl der Rolle im Spiel ist eine Leistungsdifferenzierung möglich.

Ganzheitliches Lernen ist schon länger ein Schlagwort moderner Didaktik. Geschichtslehrer in Sachsen klagen aber mehrheitlich über zu enge Lehrpläne, was häufig dazu

Rollenkarte **Staatsanwalt des Bezirkes Leipzig**

Staatsanwalt Klare

Als Bezirksstaatsanwalt vertreten Sie die Anklage im Prozess gegen die Rädelsführer der Provokationen im SAG Kombinat Espenhain am 17. Juni 1953.

Als Jurist stehen Sie unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse:

Der Minister für Justiz, Max Fechner, hatte sich im Neuen Deutschland am 30. Juni 1953 gegen eine strafrechtliche Verfolgung der streikenden Arbeiter des 17. Juni ausgesprochen. In Folge dessen wurde er als Feind des Staates und der Partei aus seinem Amt enthoben sowie aus der SED ausgeschlossen. Derzeit befindet er sich in Untersuchungshaft. Seine Nachfolgerin im Amt des Justizministers ist Hilde Benjamin, die sich bisher in Schauprozessen einen Namen gemacht hat. Im Volksmund wird sie auch als „Blutige Hilde“ bezeichnet, da sie für harte Strafen und zahlreiche Todesurteile bekannt ist. Sie hat einen speziellen Krisenstab eingerichtet, der die Prozesse zum 17. Juni überwacht. Es ist bekannt, dass sie am Vortrag des Prozesses der Staatsanwaltschaft mitteilt, welche Urteile zu fällen sind.

führt, dass bei der Vermittlung historischen Wissens auf bewertende Autorentexte in den Lehrbüchern zurückgegriffen wird. Die Herausbildung eines reflektierten und selbstreflexiven Geschichtsbewusstseins ist so schwierig umzusetzen. Hier bietet sich das Archiv als außerschulischer Lernort geradezu an. Ziel sollte es sein, Schüler und Lehrer aus der konsumierenden Grundhaltung („Wir gehen ins Archiv, schauen uns das Magazin an und erfahren Wissenswertes über Bestände und Bestandsschutz“) in eine aktive Erschließung zu führen. Die Stärke archivarischer Überlieferung liegt in der Vielzahl der Fallbeispiele, die Schüler emotional berühren und historische Ereignisse konkret und authentisch nachvollziehbar machen lassen.

Merit Kegel
(Staatsarchiv Leipzig /
Hauptstaatsarchiv Dresden)

Entwicklung der archivpädagogischen Angebote im Schuljahr 2009/2010



Preisträger Kevin Seibt auf Spurensuche im Hauptstaatsarchiv Dresden (Foto Anke John)

Im Schuljahr 2009/2010 konnten die Angebote der Archivpädagogik in den Abteilungen des Sächsischen Staatsarchivs in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Freiberg weiter ausgebaut werden. Insgesamt haben so über 1.400 Schüler und Lehrer den Lernort Archiv kennengelernt. Dabei zeigte es sich, dass die gute Zusammenarbeit zwischen Archivaren und Pädagogen die Grundlage für die Planung und Durchführung entsprechender Veranstaltungen bildet.

Schwerpunkt der Arbeit war auf der einen Seite die Erstellung von Bausteinangeboten,

die thematische Magazinführungen und die Arbeit an Quellenmaterial verbinden. Beispielhaft seien hier die folgenden Themen benannt: „Historische Quellen als Grundlage für die Geschichtsschreibung“, „Urkunden im Mittelalter“, „Schreibwerkstatt“ oder „Politische Verfolgung im Nationalsozialismus“. Parallel dazu wurde das Angebot „Archiv vor Ort“ ausgebaut, welches vor allem in den 5. Klassen großen Zuspruch erfährt. Auch die archivpädagogische Begleitung von Ausstellungen wird, wie z.B. bei der Wanderausstellung „Strukturen der Macht“, zunehmend wahrgenommen.

Ein Höhepunkt im vergangenen Schuljahr war die Prämierung der Preisträger des Wettbewerbs „Rettet Archibald“. Ob Detektivspiel oder Comic-Workshop in den Standorten des Sächsischen Staatsarchivs – für die Grundschüler stellte dies ein unvergessliches Erlebnis dar.

In diesem Jahr wird ein Schwerpunkt archivpädagogischer Arbeit auf der Entwicklung von Angeboten für die Sekundarstufe II liegen. Dabei ist der aktuelle Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten ein willkommener Anlass, um die Zusammenarbeit mit den Schulen auszubauen. So war das Sächsische Staatsarchiv zur Eröffnungsveranstaltung des Bundeswettbewerbs für Sachsen am 6. September 2010 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig mit vier Workshops vertreten. Neu dabei ist, dass es in Vorbereitung auf diese Veranstaltung auch zu einer Zusammenarbeit mit den großen Stadtarchiven, wie zum Beispiel dem Stadtarchiv Dresden, gekommen ist. Ergänzend dazu stellt der Flyer des Sächsischen Staatsarchivs zum Wettbewerb ein wichtiges Hilfsmittel für Schulen dar, Interessierte auf Rechercheansätze aufmerksam zu machen. So ist ein schneller Überblick über mögliche Fragestellungen oder Rechercheansätze zum Thema „Skandale“ auf der Grundlage der Archivbestände gegeben. Bleibt zu hoffen, dass viele Schüler diese Angebote aufgreifen und aktiv die Möglichkeiten des Archivs nutzen.

Merit Kegel
(Staatsarchiv Leipzig /
Hauptstaatsarchiv Dresden)



Christian Störmer, Entwickler der Comic-Figur Archibald, zeigt im Workshop, wie man selbst einen Comic gestalten kann. (Foto Anke John)



Die Lauschdetektive von Pegau gewannen den ersten Preis der Region Leipzig. (Foto Hans-Herrmann Koch)

Staub? – Erste Eindrücke eines Archivpädagogen

„Verstaub mal nicht“ – und andere „gute“ Ratschläge meiner Schulkollegen begleiteten mich Mitte April auf dem Weg zu meiner neuen Tätigkeit als Archivpädagoge im Staatsarchiv Chemnitz. Rückblickend betrachtet waren solche Befürchtungen wohl auch bei mir im Unterbewusstsein vorhanden.

Von diesen musste ich mich allerdings schnell trennen, für solche Gedanken war einfach keine Zeit. Unmengen von Tipps, Hinweisen, Erfahrungen, Fachbegriffen und Verfahren prasselten auf mich ein, mussten gespeichert, gelernt werden. Dazu kamen neue Namen, Gesichter und – nicht zu vergessen – Wege in einem Archiv über mehrere Etagen in einem nicht von anderen Nutzern abgegrenzten Gebäude. Das Handy war auf meinen Gängen für den Notfall dabei. Benutzen musste ich es nicht, aber oft umkehren oder mal schauen, wo es lang geht – und das traf nicht nur für die Wege zu.

Ins Wasser geworfen und geschwommen – das liest sich vom Beckenrand wie eine Erfolgsmeldung. Aus dem Wasser heraus betrachtet, versucht man nicht unterzugehen, Land zu sehen und festen Boden unter den Füßen zu erreichen. Ein Konzept für den Ausbau der Archivpädagogik musste her – und

überarbeitet werden, Schülerwettbewerbe liefen bereits, die Fachberater für Geschichte hatten sich mit den Fachkonferenzleitern angekündigt, erste Besuche von Schülern im Archiv fanden statt, der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten mit Workshop musste vorbereitet werden. Keine Zeit zum Einstauben!

Allein allerdings auch nicht zu meistern. Ohne die Hilfe der Kollegen hier im Staatsarchiv Chemnitz, vom Leiter, Herrn Plache, bis hin zu den Projektkräften, durch Frau Kegel, Archivpädagogin in Leipzig und Dresden, sowie die Unterstützung durch die Sächsische Bildungsagentur Chemnitz wäre es nicht zu schaffen gewesen.

Die Archivpädagogik im Staatsarchiv Chemnitz steckt noch in den Kinderschuhen, aber die ersten Schritte wurden erfolgreich gemacht, die Schulen im Raum Chemnitz entdecken das Archiv als außerschulischen Lernort. Die Zusammenarbeit mit einzelnen Bildungseinrichtungen soll ausgebaut und intensiviert werden. Altersgerechte Angebote werden nach und nach entstehen. In einem nächsten Schritt werden die Schulen im Umfeld von Chemnitz stärker mit einbezogen werden. Die Fahrtkosten und der Zeitaufwand

für einen Archivbesuch sind für die Klassen große Probleme. Die Vorstellung des Archivs und seiner Funktionen, Workshops zur Arbeit mit und die Präsentation von einzelnen Archivalien wird dann in der Heimatschule durch den Archivpädagogen erfolgen. Dabei soll eine Zusammenarbeit mit Stadtarchiven aufgebaut werden, um die weitere Nutzung der erworbenen Kenntnisse für die Schüler auch so zu ermöglichen.

Mit dem Umzug in das neue Gebäude des Staatsarchivs 2012, werden auch für die Archivpädagogik in Chemnitz neue, bessere, vor allem repräsentativere Arbeitsbedingungen entstehen, die es leichter machen, den Schülern die Bedeutung des Sächsischen Staatsarchivs vor Augen zu führen.

So lange warte ich mit meinen Kollegen in der Schule nicht, im Oktober werde ich in einer schulinternen Fortbildung die Geschichte von „Einsamkeit und Staub“ im Archiv als Geschichte entlarven – und nicht zu den Akten legen!

Michael Günther
(Staatsarchiv Chemnitz)



Schüler der Grundschule Ellefeld im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz

(Foto Michael Günther)

Das Institut für Energetik in Leipzig

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges 1945 war in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die Energiewirtschaft völlig zerrüttet. Es war äußerst schwierig, die Bevölkerung und die wieder anlaufende Wirtschaft mit Energie zu versorgen. Auf Grund des schnell wachsenden Bedarfs musste zunächst mit der Instandsetzung der vorhandenen, zum großen Teil veralteten Anlagen begonnen werden. Die Voraussetzungen zum Bau von neuen Anlagen waren in der SBZ/DDR denkbar schlecht, denn es fehlte eine leistungsfähige Schwerindustrie für den Kessel-, Turbinen- und Generatorenbau. Bis ca. 1951 wurden deshalb alle Kräfte darauf verwandt, durch Instandsetzungen sowie durch die Beseitigung von Engpässen die Funktionsfähigkeit der bestehenden Kraftwerke zu sichern. Erst danach konnte an eine Erweiterung bzw. an den Neubau von Kraftwerken gedacht werden. Von den in der DDR zu Beginn der 50er Jahre bestehenden Wärmekraftwerken waren 30 % älter als 30 Jahre und weitere 30 % zwischen 20 und 30 Jahren alt. Trotz stetig steigender Leistungen in der Energiewirtschaft wurden die Planziele z. B. des 1. und 2. Fünfjahresplanes nicht erfüllt; die Versorgung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung mit Energie bildete immer ein sehr ernstes Problem.

Ein weiteres großes Problem waren die beschränkten Vorkommen an natürlichen Rohstoffen für die Erzeugung von Energie, die im Wesentlichen nur aus Braunkohle und zu einem sehr geringen Prozentsatz durch Wasserkraft gewonnen werden konnte. Alle anderen Energieträger mussten importiert werden, was unter den Bedingungen des kalten Krieges mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war. Auf Grund der hier genannten Umstände war die DDR-Energiewirtschaft gezwungen, mit Hilfe neuer technischer und wissenschaftlicher Lösungen die Energieerzeugung und die Energieversorgung unter den gegebenen Bedingungen zu gewährleisten.

Bereits 1952 schrieb Dr. Almers, der spätere erste Direktor des Institutes für Energetik, in einem Artikel, dass es in der Energiewirtschaft an einer zentralen zusammenfassenden und forschenden Stelle fehle. Die wissenschaftliche Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Energiewirtschaft erfolgte bis 1953 in mehreren kleinen Institutseinrichtungen und

Laboren, die zum Teil in Betrieben ansässig, zum Teil den Verwaltungen der Energiebezirke angegliedert waren.

Um den Anforderungen besser gerecht werden zu können, wurde auf Anordnung des Staatssekretariats für Kohle und Energie vom 24. Februar 1953 rückwirkend zum 1. Januar 1953 das Institut für Energetik gebildet. Es hatte seinen Sitz zunächst in Halle/Saale mit mehreren Außenstellen. Doch schon kurze Zeit nach der Gründung des Institutes wurde deutlich, dass sich die Aufteilung auf die vier Standorte Halle, Leipzig, Dessau und Dresden hemmend auf die wissenschaftliche Arbeit auswirkte. So beschloss der Ministerrat der DDR 1955, für das Institut ein neues Gebäude errichten zu lassen. Als Ort wurde wegen seiner zentralen Lage Leipzig gewählt. Im Dezember 1955 wurde am nordöstlichen Stadtrand von Leipzig in der Torgauer Straße mit den Ausschachtungsarbeiten begonnen, die Grundsteinlegung fand am 6. Juli 1956 statt



Grundsteinlegung für den neuen Standort des Institutes für Energetik in Leipzig, 6. Juli 1956 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20309 Institut für Energetik Leipzig, Nr. A/1548/154)

(Abbildung 1) und im April 1958 verlegte das Institut seinen Sitz nach Leipzig. In den folgenden Jahren wurde der erste Gebäudekomplex, der aus einem Büro- und einem Labortrakt bestand, noch wesentlich erweitert (Abbildung 2). Neben den nach dem neuesten Stand der Technik eingerichteten Laborräumen in der Torgauer Straße besaß das Institut in den 50er Jahren noch ein Versuchsgaswerk im VEB Gaswerk „Max Reimann“. Dort wurden vor allem Versuche zur

Herstellung von Giebereikoks durchgeführt, um von den Importen aus dem westlichen Ausland unabhängiger zu sein.

Das Institut für Energetik war eine zentrale Einrichtung der DDR. Es unterstand bis Mitte der 80er Jahre verschiedenen Ministerien (Ministerium für Schwerindustrie, Ministerium für Kohle und Energie, Ministerium für Grundstoffindustrie und ab 1972 wieder dem Ministerium für Kohle und Energie) direkt. Ab 1987 war es ein Betrieb im VEB Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner“ Greifswald.

Das Institut für Energetik war die wissenschaftliche Einrichtung für die Bearbeitung von Grundsatzproblemen der gesamtwirtschaftlichen Forschung und zur Sicherung einer volkswirtschaftlich optimalen Entwicklung der Energiewirtschaft (Elektro-, Gas- und Wärmeversorgung, Versorgung mit festen und flüssigen Brenn- und Treibstoffen sowie Anwendung der Energieträger).

Konkret war das Institut vor allem mit folgenden Aufgaben betraut:

- Erforschung und Modellierung des Systems der Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses der Energiewirtschaft,
- Erstellung von Prognosen zur Entwicklung der Energiewirtschaft unter Berücksichtigung des wissenschaftlichen Höchststandes,
- Erarbeitung der Energiebilanz der DDR,



Gesamtansicht des Gebäudekomplexes des Institutes für Energetik in Leipzig, 1960 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20309 Institut für Energetik Leipzig, Nr. A/1548/74)

- Schaffung von wissenschaftlichen Grundlagen zur Durchsetzung einer hocheffektiven Energieträgerstruktur und volkswirtschaftlich optimalen Anwendung der Energieträger,
- technische und technologische Grundlagenforschung für strukturbestimmende Vorhaben und Entwicklung der Energiewirtschaft,
- Schaffung der Grundlagen für die umfassende Einführung und Anwendung der Rechentechnik und Datenverarbeitung in der Energiewirtschaft.

Obwohl sich im Laufe der Jahre die Energieversorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung in der DDR allmählich verbesserte, existierte in dieser Hinsicht immer eine äußerst sensible und angespannte Situation. In einem Perspektivplan des Institutes für Energetik von 1960 zur künftigen Entwicklung des Institutes wird die Diskrepanz zwischen den ständig steigenden Aufgaben mit operativem Charakter, z. B. Störungsaufklärungen, Untersuchungen von neuen Ausrüstungen, Ausarbeitung von Regeln der technischen Betriebsführung und Beratung von Energiebetrieben bei nicht ordnungsgemäßer Arbeit von Ausrüstungen und der nur unzureichenden wissenschaftlichen Forschungsarbeit bemängelt. So konnten u. a. Probleme der Energiebedarfsprognose, Energiebilanzierung, Energiebedarfslenkung, Wasserkraftzeugung und Fragen der Kernkraftzeugung überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig in Angriff genommen werden. Zur Lösung dieses

Problems wurde im Institut eine Betriebsabteilung geschaffen, die sich künftig den operativen Aufgaben widmen sollte. Um den wissenschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden, wurde der Gebäudekomplex durch neue Labor- und Büroräume erweitert, und es wurden zahlreiche neue Mitarbeiter eingestellt. Die Anzahl lag zum 10jährigen Bestehen des Institutes bei 350 und im November 1989 bei 810 Mitarbeitern.

Ein wichtiger Schritt zur Rationalisierung der Arbeit war im Jahr 1962 die Bildung des Rechenzentrums im Institut und die Inbetriebnahme der Rechenmaschine ZRA 1 vom VEB Carl Zeiss Jena. Doch schon bald genügte dieser Rechner den umfangreichen mathematisch zu lösenden Aufgaben nicht mehr. 1969 wurde deshalb im Institut für Energetik der erste Großrechner aus der Sowjetunion vom Typ BESM-6 in der DDR installiert. Dieser Rechner war zu diesem Zeitpunkt die leistungsfähigste Anlage in der DDR.

Um die anspruchsvollen Anlagen auch effektiv nutzen zu können, benötigte das Institut entsprechend wissenschaftlich ausgebildete Fachkräfte. Der Qualifizierung sowie der Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiter maß das Institut große Bedeutung bei. Im Rahmen seines wissenschaftlichen Forschungsauftrages entstanden im Institut zahlreiche Diplomarbeiten und Dissertationen. Das Institut selbst gab regelmäßig eigene Publikationen und Forschungsberichte heraus, so u. a. zum effektiven Stromverbrauch beim Fahren von

Straßenbahnen oder zur Nutzung der bei der landwirtschaftlichen Tierhaltung in den Rinder- und Schweineställen entstehenden Wärme. Für die seit 1957 herausgegebenen „Mitteilungen des Institutes für Energetik“ besaß das Institut eine Eigenverlagslizenz (Abbildung 3).

Das Institut unterhielt zahlreiche Beziehungen zu anderen wissenschaftlichen Einrichtungen in der DDR. In den 70er Jahren bestanden Forschungsk Kooperationen zu neun Hoch- und Fachschulen, zu fünf Instituten der Akademie der Wissenschaften, zu drei Instituten der Bauakademie und zur Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Das Institut war auch in einem breiten Spektrum von internationalen Gremien vertreten. Zum einen hatte das Institut Vertreter in den Ständigen Kommissionen für Elektroenergie, Schwarzmetallurgie sowie Erdöl- und Gasindustrie des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), zum anderen pflegte es einen intensiven Erfahrungsaustausch mit wissenschaftlichen Einrichtungen in den damaligen sozialistischen Ländern. In der UdSSR waren es vor allem das Energetische Institut Moskau, das Sibirische Energetische Institut Irkutsk und das Allunionsforschungsinstitut für Energetik in Moskau. In der ČSSR bestanden Kontakte zum Brennstoff-Forschungsinstitut in Běchovice und dem Forschungsinstitut für Energetik in Prag sowie in Polen zum Institut für Energetik Warschau und zum Ins-

titut für Automatisierung der Energiesysteme in Wrocław.

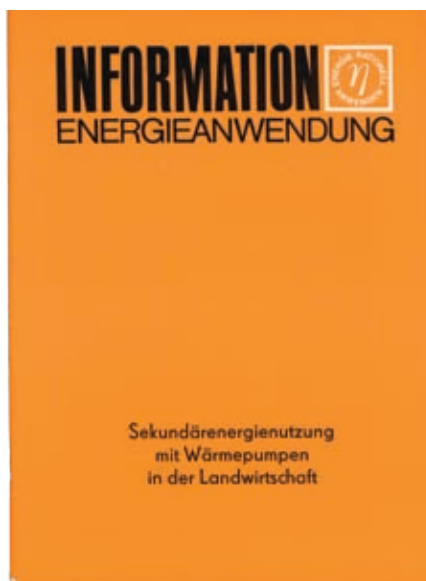
Die Internationale Zusammenarbeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf die sozialistischen Länder. Schon sehr frühzeitig – Mitte der 50er Jahre – reisten Wissenschaftler des Institutes zu weltweiten Kongressen und Tagungen, wie z.B. der Internationalen Hochspannungskonferenz. In der DDR wurden für diese verschiedenen internationalen Gremien Nationalkomitees gebildet: Es gab das Nationalkomitee der DDR für Welterdölkongresse, das Nationalkomitee der DDR für die Internationale Hochspannungskonferenz und das Nationalkomitee der DDR in der Weltenergiekonferenz. In allen war das Institut für Energetik vertreten.

Diese umfangreiche internationale Präsenz des Institutes hatte zur Folge, dass zahlreiche fremdsprachige Publikationen in das Institut gelangten. Deshalb existierte neben der Bibliothek eine Abteilung Literatur, die sich hauptsächlich mit der Übersetzung der eingehenden ausländischen Schriften und mit der Übersetzung der Tagungsbeiträge der Mitarbeiter des Institutes beschäftigte. Dafür waren extra Dolmetscher tätig, die zugleich auch eine technische Qualifikation besaßen.

Im Institut wurde Mitte der 60er Jahre auch ein Filmstudio eingerichtet. Das Filmstudio beteiligte sich mit Beiträgen an den Festivals des Technischen Films. Leider sind davon nur wenige Akten und überhaupt keine Filme überliefert.

Welche Bedeutung das Institut zumindest bis ca. Mitte der 70er Jahre hatte, wird auch daran deutlich, dass für die wissenschaftlichen

Mitarbeiter in Leipzig extra, bezüglich der räumlichen Aufteilung und der Ausstattung, maßgeschneiderte Wohnungen in der Nähe des Institutes gebaut wurden.



Information Energieanwendung – Sekundärenergienutzung mit Wärmepumpen in der Landwirtschaft, Leipzig, 1983 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20309 Institut für Energetik Leipzig, Nr. 3639)

Erwähnenswert ist, dass das Institut kurz nach seinem Umzug nach Leipzig das Wirtschaftsfacharchiv Energie für die gesamte DDR einrichten sollte, was 1962 realisiert wurde. Das Wirtschaftsfacharchiv besaß eine eigene Archivordnung und eine Benutzerordnung von 1963, die in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Archivverwaltung der DDR entstanden waren. Das Archiv führte zum einen die Unterlagen von Unternehmen der Energieerzeugung und -versorgung ab ca. Mitte des 19. Jh. bei sich zusammen und zum anderen die Betriebs- und Verwaltungsarchi-

ve der energiewirtschaftlichen DDR-Betriebe, wobei es mit der Staatlichen Archivverwaltung zusammenarbeitete und von dieser kontrolliert wurde. Dieses Wirtschaftsfacharchiv existierte allerdings nur fünf Jahre und wurde zum 30. Juni 1967 wieder aufgelöst. Obwohl es eine Anordnung zum Verbleib der Unterlagen nach der Auflösung gab, die besagte, dass die Unterlagen den jeweils zuständigen Staatsarchiven anzubieten waren, wurden viele der Akten wieder an die Betriebe und Energieversorgungseinrichtungen (VVB Energieversorgung) zurückgegeben.

Zu Beginn der 90er Jahre wandelte sich das Institut in eine GmbH um und firmiert jetzt als Institut für Energetik und Umwelt gemeinnützige GmbH. Heute beschäftigt sich das Institut vor allem mit erneuerbaren Energien.

Die Akten des Bestandes „20309 Institut für Energetik Leipzig“ wurden in mehreren Etappen (1982, 1990, 1992, 1993 und 1994) vom Staatsarchiv Leipzig übernommen. In einem Schreiben des Bundesarchivs von 1991 wurde das Staatsarchiv Leipzig beauftragt, die Unterlagen als Depositum des Bundes zu verwalten. Im Jahr 2007 wurde mit Kräften aus einer Arbeitnehmerüberlassung unter Anleitung einer Archivarin mit der Erschließung des Bestandes begonnen. Auf Grund der Reduzierung von Mitteln konnte in den Jahren 2009 und 2010 die Arbeit nur auf der Basis einer geringfügig beschäftigten Mitarbeiterin fortgeführt werden. Die Erschließungsarbeiten werden in diesem Jahr abgeschlossen.

Christine Enderlein
(Staatsarchiv Leipzig)

„25 Jahre Strafarbeitslager wegen Beihilfe zur Fahnenflucht ...“

... so lautete nicht etwa das Urteil eines Kriegsgerichts gegen einen Wehrmachtangehörigen, nein, dieses Urteil fällte ein sowjetisches Militärtribunal 1948 über eine 21jährige Frau, offensichtlich mit einem Angehörigen der Roten Armee liiert. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

gigen Paragrafen des Strafgesetzbuches der UdSSR, zum Strafmaß, zum Strafbeginn – in einigen Fällen mit Angaben zu den bisherigen Hafteinrichtungen u. a. Überliefert sind auch einige wenige Urteile des Sondergerichts des Landgerichts Chemnitz in Waldheim (sog. „Waldheim-Prozesse“).

Die Filme gelangten 1999 zusammen mit ersatzverfilmten Gefangenenakten der Entlassungsjahrgänge 1961 bis 1970 aus dem Bundesarchiv nach Chemnitz, ohne dass der Filminhalt bekannt war. Als Findmittel diente ein Verzeichnis, das den Familien- und den Vornamen am Anfang und am Ende des Films enthielt, Laufzeitangaben fehlten. Erst ein Abgleich mit 2008 angebotenen Filmdubletten der o. g. Entlassungsjahrgänge gab Veranlassung zu einer stichprobenhaften Durchsicht, da bereits mehr Filme im Bestand vorlagen als angeboten wurden. Diese erbrachte dann die vorgenannten Informationen zum Inhalt und zur Laufzeit. Bis heute sind Namen und Daten von fünf Filmen erfasst.

Die insgesamt sehr umfangreiche Überlieferung der 2001 geschlossenen Haftanstalt Hoheneck ist gegenwärtig auf das Bundesarchiv, das Staatsarchiv Chemnitz (Bestand 30461 Strafvollzugseinrichtung Stollberg/Hoheneck) und die Justizvollzugseinrichtung Waldheim verteilt. Im Bundesarchiv befinden sich die vorgestellten Gefangenenaerialakten. Das Staatsarchiv Chemnitz verwahrt 4,50 lfm Geschäftsakten der Vollzugseinrichtung aus der Zeit von 1954 bis 1996. Die umfangreichste Überlieferung gelangte im Zusammenhang mit der Auflösung der Einrichtung jedoch in die Justizvollzugsanstalt Waldheim. Dort lagern weitere Gefangenenaerialakten aus den 1950er Jahren bis 1989, Akten zum Geschäftsbetrieb in Hoheneck, Unterlagen von Haftarbeitslagern aus der Region sowie eine Personenkartei zu von Militärtribunalen Verurteilten. Letztere wurde zum Abgleich mit der Überlieferung auf bisher zwei Filmen genutzt.

Hoheneck diente über viele Jahre als einzige Vollzugseinrichtung für Frauen in der DDR, dabei war der Anteil an politischen Häftlingen hoch. Ihre schriftliche Hinterlassenschaft stand in letzter Zeit im Mittelpunkt zahlreicher Auswertungsprojekte. Die Sicherung und Erschließung des gesamten Bestandes sind daher dringend erforderlich.

Zelle Nr.		Ausbrecherstempel
Datum	27.10.52	
Gesamtstrafe:	10 Jhr.Arbeitsl.	Austritt: 5.12.1947 Ende: 4.12.1957
Strafat:	Beihilfe zum Landesverrat	
Staatsanwaltschaft:	SMT	Aktenzeichen: 121107
Name:	Berenthal, geb. Tolts	Vornamen: Charlotte, Klara, Johanne
Geburtsdag, -ort und Kreis:	11.8.1904 in Küstrin-Neustadt	
Familienstand:	ledig - verheiratet - geschieden gesch.	
Deck- und Spitznamen:	keinen	
Beruf, erlernter:	Dentistin	, ausgeübt: Dentistin
Besondere Kenntnisse (Kraftfahrer usw.):	keine	
Wohnort:	Falkenberg/Sa., Linden -	Str. Nr. 5 Stock: Gebäudeteil:
Eigene Wohnung?	Ja - nein	Untermiete bei wem?
Sonstige Adressen Verwandter, Bekannter, Komplizen:	Schwester: M. 3	
	Schwester: E. L.	
Diese Karte ist bei Flucht des Häftlings dem Leiter der Abteilung K des zuständigen VPA zu übergeben 1743 VP 00 2 52		

Haftkarteikarte (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, 30461 Strafvollzugseinrichtung Stollberg (Hoheneck), Nr. 3118)

Die junge Frau war nicht die Einzige, die für ein solches oder ähnliches „Delikt“ eine langjährige Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte. Sowjetische Militärtribunale verhängten in ihrem Zuständigkeitsgebiet harte Strafen für Spionage, Agententätigkeit, antisowjetische Propaganda, Verbreitung von antisowjetischen Druckschriften, Zugehörigkeit zu verbotenen bzw. antisowjetischen Vereinigungen, Diebstahl u. a. Häufig reichte bereits ein Verdacht für eine Verurteilung aus. Harte Urteile wurden aber auch für Misshandlungen von sowjetischen und anderen Gefangenen in Konzentrationslagern der NS-Zeit ausgesprochen. 1945 und in den folgenden Jahren festgenommene und verurteilte Frauen wurden 1950 aus Haftanstalten und Straflagern ganz Ostdeutschlands in die Vollzugseinrichtung Stollberg/Hoheneck verlegt.

Dokumentiert wird dies an Hand von aus dem Russischen ins Deutsche übersetzten Auszügen aus Tribunalurteilen mit Angaben zur Person, zum Delikt, zum einschlä-

Ausgefüllte Fragebögen, handschriftliche Lebensläufe, Passfotos, Gesundheitsunterlagen mit Angaben zur Arbeitsfähigkeit, Vernehmungsniederschriften, vereinzelte Geburtsurkunden von während der Haftzeit geborenen Kindern und Sterbeurkunden, Anträge Angehöriger auf Besuchserlaubnis, Verfügungen von Strafen während der Haftzeit u. a. geben einen Überblick über die Haftzeit jeder einzelnen Gefangenen. Die Entlassungspapiere aus den Jahren 1954 bis 1957 enthalten Angaben zur vorzeitigen Haftentlassung auf Grund einer Prüfung des Obersten Gerichts der UdSSR, zur Amnestie durch einen Gnadenerlass des Präsidenten der DDR oder die Aussetzung der Reststrafe auf Bewährung durch ein Urteil des Bezirksgerichts Karl-Marx-Stadt.

Diese Dokumente sind alphabetisch nach Familiennamen geordnet auf insgesamt 22 Filmen festgehalten; ein Film enthält Gefangenenaerialakten von jeweils ca. 40 bis 60 Frauen.

Barbara Schaller
(Staatsarchiv Chemnitz)

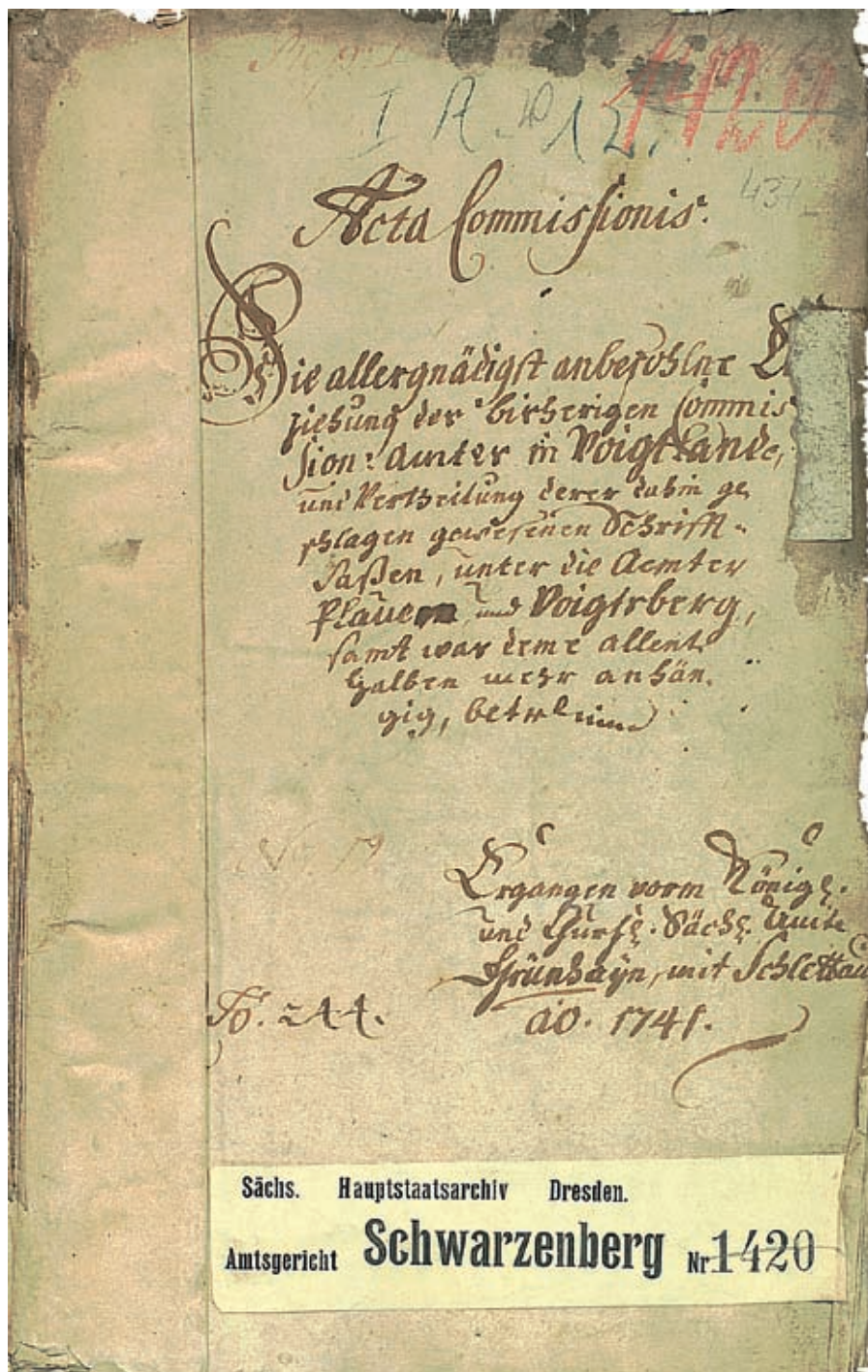
Projekt „Auflösung der Lagerungsgemeinschaften“ verbessert Nutzungsqualität für Schriftgut der südwestsächsischen Lokalverwaltung

Mehr als 460 Bestände, die das Beständeverzeichnis des Staatsarchivs Chemnitz noch in jüngster Vergangenheit lediglich auf dem Papier auswies, sind nunmehr real und provenienzzrein formiert, während die bisherigen „Lagerungsgemeinschaften der Amtsgerichte und der Amtshauptmannschaften“ komplett aufgelöst wurden. So lautet das Ergebnis eines auf sechs Jahre angelegten Projekts, das Ende 2009 seinen Abschluss fand.

Was oberflächlich besehen einen eher formalen, um nicht zu sagen stereotypen Arbeitsvollzug vermuten lässt, erwies sich in der Praxis doch von genau gegenteiliger Art. Umfassende verwaltungsgeschichtliche Kenntnisse waren nötig, um exakte Provenienzbestimmungen für mehr als 57.000 Akteneinheiten vornehmen zu können, denn die Lagerungsgemeinschaften, 2002/2003 als Abgabegemeinschaften der Amtsgerichte und der Amtshauptmannschaften vom Staatsarchiv Chemnitz übernommen, umfassten den weitaus größten Teil der Überlieferung der Verwaltungsbehörden im südwestsächsischen Raum vor 1879. So lagerten Akten der Ämter, Grundherrschaften, Stadtgerichte und Superintendenturen, aber auch der Älteren Amtshauptmannschaften und Königlichen Gerichte ungetrennt nebeneinander. Für die Benutzung hatte man sich damit beholfen, die Bestände lediglich virtuell zu bilden und die entsprechenden Teile der Findhilfsmittel (Karteikarten) vorzulegen, was zu einem schwer handhabbaren Signaturesystem und zu erheblichem Zeit- und Arbeitsaufwand bei der Bestellung und Aushebung der betreffenden Akten führte (vgl. Archivblatt 2/2005).

Folgerichtig bildeten Provenienzbestimmung, Neusignierung, Neuverpackung und Umlagerung von mehr als 1.500 Metern Archivgut die Schwerpunkte des Projekts. Eine IT-gestützte Neuverzeichnung fand teilweise statt. In jedem Fall aber wurden die überarbeiteten Findhilfsmittel um Konkordanzen ergänzt. An der Durchführung wirkten phasenweise bis zu drei Projektkräfte gleichzeitig mit.

Die Fülle der zu bearbeitenden Archivalien machte ein schrittweises Vorgehen unumgänglich. Bis zum Jahr 2005 wurden die kur-sächsischen Ämter als die mit Abstand am häufigsten benutzte Bestandsgruppe aus den



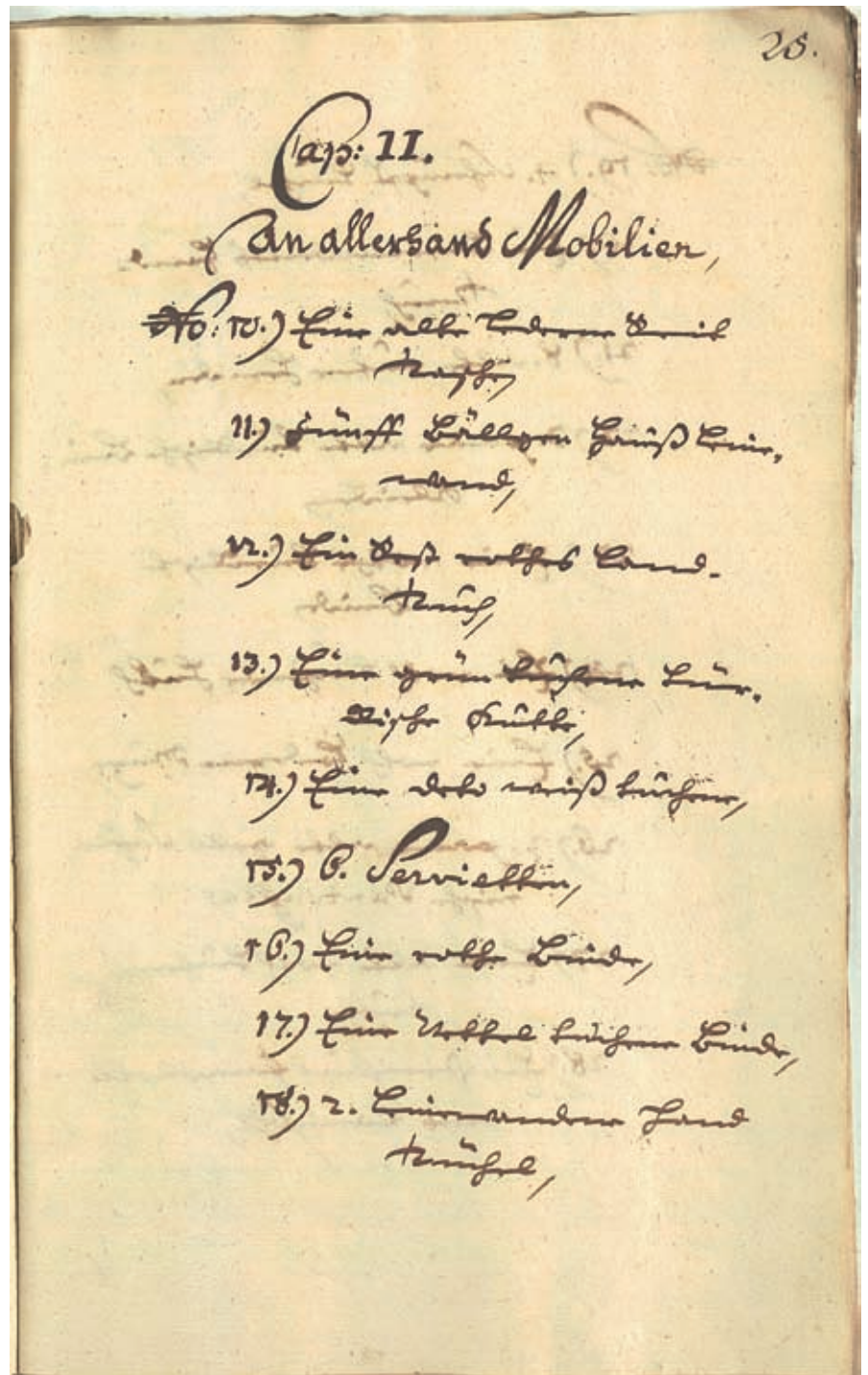
Auflösung des Kommissionsamts im Vogtland, 1741 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, 30011 Amt Grünhain (Justiz- und Rentamt), Nr. 437)

Lagerungsgemeinschaften herausgelöst. Danach folgten in Jahresetappen die Grundherrschaften (2006), die Stadtgerichte (2007), die Königlichen Gerichte/Landgerichte, Gerichtsämter und Superintendenturen (2008) sowie unverzeichnete und unklassifizierte Bestände (2009).

Der Gewinn aus der oft mühevollen Arbeit tritt bereits deutlich ans Licht: Vom Justizamt Adorf bis zu den Stadtgerichten Zwönitz haben Nutzer und Archivar gleichermaßen einen bedeutend schnelleren Zugriff auf die ungebrochen stark nachgefragten älteren Bestände. Forschungsaufenthalte im Staats-

denn er habe ihn „nicht nur in seiner Krankheit mit Essen, Trinken, The, Luft und andern benöthigten Sachen versehen, sondern auch dabey vielen Gestank und Ungemach ausgestanden, und seinethalber viele Mühe, Versäumnüß, Wege und Gänge gehabt, auch vor dessen Beerdigung mit gesorget“. Ob diese Ansinnen Erfolg hatten, geht aus den beiden vorliegenden Akten nicht eindeutig hervor, in den über den Nachlass gefertigten Abrechnungen tauchen die genannten Personen und die geforderten Beträge jedenfalls nicht auf. Vor allem jedoch entbrannte ein Streit zwischen dem Stadtgericht Dresden und dem Staat über das hinterlassene Vermögen. Das Amt argumentierte, dass es unzweifelhaft dem Fiskus anheimgefallen sei, „da nicht allein aus der Türckey derer allda verstorbenen Christen Verlassenschaft keineswegs verabfolget wird, sondern auch Osman ... in seinem Leben gemeldet, dass er keine Verwandten mehr habe“. Die Stadt Dresden wiederum war der Auffassung, Osman habe schon viele Jahre unter der Jurisdiktion des Stadtrates gelebt und dem Stadtgericht nach seinem Tod viel Arbeit verursacht, außerdem sei der Nachlass mangels Erben herrenlos. Zudem wisse man nicht, dass die Türkei wie in Frankreich das *ius albinagii* (Recht, Güter eines verstorbenen Fremden einzuziehen, der keine legitimen oder testamentarischen Erben im Gastland hinterlassen hat) eingeführt habe und gegen die dortigen Christen ausübe. Vielmehr zweifelte die Stadt an dessen Geltung in Sachsen und bat um Aushändigung des Nachlasses. Dieser Argumentation wollte wiederum der Staat nicht folgen und fand folgenden Kompromiss: Die Stadt erhielt als besondere Gnade 400 Taler zum Ausbau der Frauenkirche geschenkt, der Rest fiel nach Abzug der Begräbnis- und Verwaltungskosten an die Staatskasse und sollte für den Unterhalt der Soldatenkinder in der Kaserne in Dresden-Neustadt verwendet werden.

Wie Osman nach Dresden gelangte, konnte bislang nicht geklärt werden. Sicher ist, dass er nicht der einzige Türke Dresdens war. Im Umfeld des Dresdner Hofes konnten im Bestand 10006 Oberhofmarschallamt zwischen 1660 und 1738 zwölf Türken nachgewiesen werden, die in der Schlosskapelle getauft worden waren, häufig in Anwesenheit der königlichen Familie und ausgestattet mit den entsprechenden Taufgeschenken. Bei ihnen liegt die Vermutung nahe, dass es sich um so genannten Beudetürken gehandelt hat. Seit dem 16. Jahrhundert gab es fast jährlich Sommerfeldzüge gegen das Osmanische Reich und es gehörte zur Ehrenpflicht junger Adelige, an diesen Schlachten gegen den „Erbfeind“ teilzunehmen. Dabei spielte auch



Nachlassverzeichnis des Türken Osman (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10684 Stadt Dresden, Stadtgericht, Nr. 2218, Bl. 25)

die Kriegsbeute eine Rolle, die als Souvenir und Trophäe zu Hause vorgezeigt wurde. Das waren zum einen Gegenstände wie Fahnen, Waffen, Textilien, Zelte, die häufig in die fürstlichen Sammlungen und Rüstkammern gelangten, zum anderen scheint man auch die abgeschlagenen Köpfe der Feinde als Trophäen verwendet zu haben. Zumindest boten laut dem Eintrag „Türcken-Köpfe, gedoerete“, in Zedlers Universallexikon zur Leipziger Messe im Jahr 1684 Kaufleute Fässer voller Türkentöpfe als Andenken an den Sieg über die Türken feil. Gefangene Türken galten durchaus als standesgemäße Mitbringsel, so dass

man Beudetürken in Deutschland vor allem im adeligen Umfeld findet.

Deutschland bedeutete für die Kriegsgefangenen, auch in der Sprache der Zeit, zunächst Sklaverei. Viele Kriegsgefangene durchliefen eine Reihe von Besitzern und wurden verschenkt, getauscht und verkauft. Bisweilen fand sich jemand, der Fürsorge empfand. Diese erstreckte sich vor allem auf eine christliche Umerziehung. In der Regel erfolgte die Taufe zwei bis drei Jahre nach Ankunft am künftigen Lebensort, es sind aber auch Fälle belegt, wo die Taufe erst sechs bis siebzehn



Pass für den Janitscharen Osman Pascha aus Konstantinopel, 1729 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 13540 Materialien zur älteren Landes- und Ortsgeschichte Sachsens, Nr. 410)

Jahre nach Ankunft erfolgte, was gegen vor-schnellen Zwang spricht.

In einem Fall der bei Hofe in Dresden getauf-ten Türken ist der weitere Lebensweg bekannt und ist der Aufschrift auf dem Grabstein in der Dorfkirche von Elsnig bei Torgau zu ent-nehmen: „Frau Sophia Wilhelmine Kayserin, geborene Rabi. Wurd von türkischen Eltern 1677 zu Coronain Morea gezeuget, von den Christen 1685 gefangen, am hohen churfürst-lichen Hof zu Dresden und Lichtenburg erzo-gen und zum christlichen Glauben bekehret, auch an gedachten Herrn Pastoren Anno 1717 verehelicht, gebahr gemelten Sohn, starb in beständigem Glauben an Christum den 7. Fe-bruar Anno 1735 ihres Alters 58 Jahr“.

Bei dem in Dresden verstorbenen Osman hin-gegen handelt es sich vermutlich nicht um einen Beutetürken, da er seinem Glauben treu geblieben war und als Beruf Kaufmann angegeben wird. An entsprechenden Han-delsgütern bestand in Dresden angesichts der gerade unter August dem Starken vor-

herrschenden Mode „alla turca“ durchaus Bedarf, bedingt durch Exotismus und schwär-merischer Bewunderung für das orientalische Hofleben. Waren schon im 17. Jahrhundert Beutestücke aus den Türkenkriegen in die Dresdner Sammlungen gelangt und für Feste verwendet worden, stieg die Anzahl der Hof-feste mit orientalischem Charakter so stark an, dass gezielte Ankäufe von orientalischer Ausstattung in der Türkei notwendig wurden. Höhepunkt der Feste mit türkischem Charak-ter war sicherlich die Hochzeit des Kurprinzen Friedrich August mit Maria Josepha, Tochter des Kaisers Joseph I. im Jahr 1719. Auch das Militär blieb davon nicht unbeeinflusst. Bei-spielsweise ließ August der Starke anlässlich des Zeithainer Lagers im Jahr 1730 eine eigenständige Janitscharentruppe aufziehen, angeworben in Sachsen, Polen und Litauen, die vor allem repräsentative Aufgaben wahr-nahm, und befasste sich eigenhändig mit ih-rer Uniformierung.

Dass es also neben religiöser und militäri-sches Gegnerschaft auch ein – freilich alles

andere als unproblematisches – Miteinan-der von Türken und Christen im Sachsen der Frühen Neuzeit gab, bezeugen die im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden vor-handenen Quellen in vielfacher Weise, unter anderem in der Verwendung des von einem Türken muslimischen Glaubens hinterlasse-nen Vermögens für den Bau der Frauenkirche. Sie bringen darüber hinaus Sachverhalte ans Licht, die im wahrsten Sinne des Wortes hin-ter die Fassaden des barocken Dresdner Glan-zes blicken lassen.

Andrea Tonert
(Hauptstaatsarchiv Dresden)

Bericht vom XXIX. Internationalen Kongress der genealogischen und heraldischen Wissenschaften 2010 in Stuttgart

Vom 12. bis 17. September 2010 fand in Stuttgart der XXIX. Weltkongress für Genealogie und Heraldik statt. Erstmals wurde er in der Bundesrepublik, die zuletzt vor 36 Jahren in München Gastgeber dieses Kongresses war, nicht von einer Körperschaft öffentlichen Rechts, sondern von einem Wirtschaftsunternehmen, der Firma Pro Heraldica, Deutsche Forschungsgesellschaft für Genealogie und Heraldik mbH, in Kooperation mit dem Wappen-Herold, der Deutschen Heraldischen Gesellschaft e.V. ausgerichtet. Unter dem Motto „Identität in Genealogie und Heraldik“ trafen sich zahlreiche Wissenschaftler, auch zugleich Archivare, Heraldiker und Genealogen, um mit Bezug auf aktuelle Entwicklungen in ihren Fachgebieten die identitätsstiftende Wirkung von Wappen und Familiengeschichte zu diskutieren. Zur Sprache kamen dabei der Trend zum Logo statt zum historischen Gemeindewappen, wie auch die Patchwork-Familie und ihre Verflechtungen und genealogische Dokumentation. Die aktuelle Eintragungspraxis bei der Deutschen Wappenrolle des Vereins Herold in Berlin spielte eine Rolle. Betrachtet wurden die Heiratsmuster in der Deutschen Gemeinde von Sankt Petersburg im 18. und 19. Jh. als Indikatoren für die Intensität ethnischer Assimilationsprozesse. Weitere Themen waren die Identität des Genealogen selbst und die Vererbung von Frauennamen im hohen Adel des ausgehenden Mittelalters als Spiegel von Sippenbewusstsein und gesellschaftlichem Wandel. Vorträge beschäftigten sich mit der Identitätssuche des jüdischen Adels in Mähren oder der Donaumonarchie zwischen Assimilation, Emanzipation, Ab- und Ausgrenzung. Thematisiert wurden einerseits die Möglichkeiten der Aufsicht und die Genehmigungsverfahren im kommunalen Wappenwesen des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, wie auch andererseits sich farblich oder bildlich wandelnde Wappen und multiple Identitäten am Beispiel von Familienwappen des 12. und 13. Jh. sowie die Symbole der nationalen Identität auf Siegeln und Münzen des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland seit dem Mittelalter.

Besonders interessant waren die beiden historisch angelegten Vorträge zur Entwicklung der Heraldischen Wappenrollen in Deutschland – der Allgemeinen Wappenrolle mit Dr.



Ehrengast des Kongresses, König Khoebaha Cornelius III. (3. v. r.), Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster (2. v. r.) und Christian Kirsch, Generalsekretär des Internationalen Delphischen Rates (IDC) (1. v. r.)
(Foto Martina Wermes)

Ottfried Neubecker (1908–1992) an der Spitze und der Deutschen Wappenrolle mit Jürgen Arndt (1915–1998) als Vorsitzendem des Herold-Ausschusses. Die Lebensläufe beider Männer belegen ihren Einsatz für die deutsche Heraldik in besonderem Maße, drängen aber auch Fragen nach einer Überwindung der heraldischen Spaltung Deutschlands auf. Beim Verein Herold folgt man seit 2008 dem deutschen Namensrecht und hat seine Eintragungspraxis in der Deutschen Wappenrolle dahingehend geändert, dass nunmehr auch durch Frauen das Familienwappen vererbt werden kann, da Wappen und Familiennamen als Einheit betrachtet werden müssen. Die Familienidentität und deren Bindung an ein gemeinsames Familienwappen sollen sowohl in der männlichen, wie auch in der weiblichen Linie gefördert werden. In diesem Zusammenhang kam auch zur Sprache, dass historische Wappenfälschungen, die seit Jahrzehnten in Familien in Gebrauch sind, durch Wappenbesserungen korrigiert und damit zur Eintragung in die Wappenrolle vorbereitet werden können.

Ein Empfang durch den Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Dr. Wolfgang Schuster, und den Direktor der Staatsgalerie, Dr.

Hans-Thomas Schäfer, sowie der Besuch der Arbeitsräume der Firma Pro Heraldica in Stuttgart und die Besichtigung ihrer umfangreichen Bibliothek und heraldischen Sammlungen rundeten den Kongress für die mehr als 100 Teilnehmer aus über 30 Ländern ab. Der Ehrengast des Kongresses, König Khoebaha Cornelius III., Oberhaupt des südafrikanischen Stammes der Khoisan, dessen Volk mit eigener Geschichte, Sprache und Kultur ebenfalls nach einem eigenen Identitätssymbol sucht, wurde auf dem Kongress mit der Médaille de mérite de la Confédération Internationale de Généalogie et d'Héraldique ausgezeichnet.

Martina Wermes
(Staatsarchiv Leipzig)

Fertigstellung des Schlosshofes in Hubertusburg



Einweihung des Schlosshofes in Wermsdorf am 25. August 2010



(Fotos Stefan Gööck)

Bei strahlendem Sonnenschein wurde am 25. August 2010 der sanierte Hof des Schlosses Hubertusburg in Wermsdorf der Öffentlichkeit übergeben. Die Leiterin der Niederlassung Leipzig II des Sächsischen Immobilien- und Baumanagements (SIB), Frau Petra Förster, begrüßte zahlreiche Gäste, die sich von den umfangreichen Sanierungs- und Neugestaltungsarbeiten auch auf einem Rundgang informieren konnten. Dank Mitteln in Höhe von 950.000 € aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung konnte man die 21.000-Quadratmeter-Fläche einheitlich neu gestalten. Nicht zuletzt gab es umfangreiche

Sanierungsarbeiten am Kanalsystem und den Pflasterrinnen. An die Stelle des Wegeasphalts traten Sandsteinplatten und Pflaster, wobei erhaltene Originale weiter verwendet wurden. Die Kopien der Jahreszeitenfiguren von J. C. Kirchner haben auf den alten Standort im Rasenparterre zurückgefunden; Sandsteinvasen nach historischem Vorbild ergänzen das Ensemble. Für die Gemeinde Wermsdorf würdigte Bürgermeister Matthias Müller die Wiedergewinnung historischer Schönheit. Im Investitionsprogramm von SIB steht nun die Restaurierung der Königsloge in der Schlosskirche als Nächstes an.

(Anm. der Redaktion: Im Komplex des Schlosses ist auch das jüngst in Betrieb genommene Archivzentrum Hubertusburg mit der Zentralwerkstatt für die Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut (ZErAB) des Sächsischen Staatsarchivs einschließlich Restaurierungs- und Verfilmungswerkstätten sowie dem Sachgebiet Audiovisuelle Medien untergebracht. Wir werden über sie berichten.)

Jürgen Rainer Wolf
(Sächsisches Staatsarchiv)

Erstes Tschechisch-Sächsisches Archivarstreffen vom 4. bis 6. Juni 2010 in Děčín

„Quellen zur Geschichte Böhmens und Sachsens in den Archiven beider Länder“ lautete der Titel des ersten offiziellen Tschechisch-Sächsischen Archivarstreffens in Děčín/Tschechien. Veranstaltet wurde es von der Tschechischen Archivgesellschaft und den staatlichen Archiven in Děčín in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Sachsen im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA). Die Initialzündung für das Treffen ging von der Vorsitzenden der Tschechischen Archivgesellschaft, Frau Dr. Marie Ryantová, aus, die die sächsischen Kollegen nach drei bislang vom Landesverband Sachsen organisierten Sächsisch-Böhmischen Archivarstreffen (im Rahmen des Sächsischen Archivtages) nach Tschechien eingeladen hatte.



Die tschechischen und sächsischen Kollegen vor dem Staatlichen Kreisarchiv Děčín (Tetschen) (Foto Jan Nemeč)

Die sächsischen Archivarinnen und Archivare wurden durch Kolleginnen und Kollegen aus dem Sächsischen Staatsarchiv,

dem Stadtarchiv Leipzig, dem Archivverband Bautzen sowie dem Universitätsarchiv Chemnitz vertreten. Sie erlebten mit einem Stadtrundgang in Děčín, dem Blick in das Staatliche Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Děčín und in das Staatliche Kreisarchiv Děčín sowie den Vorträgen am Samstag ein sehr abwechslungsreiches Programm. Dabei wurden die sächsischen Archivarinnen und Archivare von überaus herzlichen Gastgebern umsorgt, die die Fragen der Gäste zu den Strukturen des tschechischen Archivwesens sowie den Aufgaben und Problemen der Kollegen vor Ort geduldig beantworteten. Sehr schnell kam ein kollegialer Austausch zu Stande, und die sächsischen Gäste erfuhren viel Wissenswertes zu den

Archiven vor Ort und dem tschechischen Archivwesen allgemein.

Die Vorträge am Samstag, dank der finanziellen Unterstützung durch den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds alle simultan gedolmetscht, behandelten vor allem die Quellen zur Geschichte Böhmens in deutschen und tschechischen Archiven. Eingeleitet wurde die Tagung durch Grußworte von Frau Ryantová und Frau Richter-Laugwitz als Vertreterinnen der Archivverbände sowie vom Direktor der Archivverwaltung in Prag, Dr. Babička, und vom Direktor des Staatlichen Gebietsarchivs

Leitmeritz, Dr. Poloncarz. Von deutscher Seite steuerte Dr. Peter Wiegand, Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, einen sehr interessanten Vortrag zur kartographischen Überlieferung Nordböhmens im Hauptstaatsarchiv Dresden bei. Inhaltlich waren die Oberlausitz und das Erzgebirge – als geographisch unmittelbar an Tschechien angrenzende Gebiete – Schwerpunkte der Ausführungen.

Alle Teilnehmer bewerteten das Treffen als überaus gelungen. Es hat wesentlich dazu beigetragen, die Kontakte zwischen den Ar-

chivarinnen und Archivaren beider Länder und insbesondere zwischen der Tschechischen Archivarsgesellschaft und dem Landesverband Sachsen im VdA weiter zu intensivieren. Die nach langer grauer Regenzeit endlich herausgekommene Sonne trug ihr Übriges zur guten Stimmung bei. Viele der sächsischen Kolleginnen und Kollegen waren sich einig, dass das nicht ihr letzter Besuch in Děčín, war.

Grit Richter-Laugwitz
(Stellv. Vorsitzende des Landesverbands Sachsen des VdA)

Workshop der sächsischen Kommunalarchivarinnen und -archivare „Bewertung von elektronischen Fachverfahren in der kommunalen Verwaltung“

Am 19. und 20. August trafen sich in Machern bei Leipzig 15 sächsische Kommunalarchivarinnen und -archivare zu einem Workshop des Landesverbandes Sachsen im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA) zum Thema „Bewertung von elektronischen Fachverfahren in der kommunalen Verwaltung“. Die Teilnehmer waren mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen und Erwartungen angereist, alle jedoch vereinte der Wille, sich auch der Archivierung von Daten aus teilweise schon lange in den Kommunalverwaltungen verwendeten datenbankgestützten Fachanwendungen zu stellen.

In einem Eingangsreferat umriss Karsten Huth vom Sächsischen Staatsarchiv Eckpunkte der elektronischen Archivierung. Insbesondere betonte er die Wichtigkeit des zumindest konzeptionellen Aufbaus eines elektronischen Archivs zeitlich vor der Bewertung und Übernahme von elektronischen Daten. Unter besonderer Beachtung des OAIS-Modells (Open Archival Information System) erläuterte er den Kolleginnen und Kollegen Wege zum Aufbau des elektronischen Archivs und wies auf mögliche Stolpersteine hin. Sein Plädoyer „Keine elektronische Archivierung ohne elektronisches Archiv!“ drang tief in die Köpfe der Teilnehmer ein. Damit spannte er sehr gut den Bogen vom eigentlichen Ansatz des Workshops – der Bewertung der Fachverfahren – bis hin zur Übernahme der von den Archiven mit „archivwürdig“ bewerteten Daten in einem elektronischen Archiv.



Aufmerksame Teilnehmer während des Workshops im Schloss Machern (Foto Grit Richter-Laugwitz)

Nachdem die Zielrichtung damit deutlich herausgearbeitet war, übernahm Dr. Peter Worm vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), Archivamt für Westfalen die Moderation. Er behandelte kurz die Grundlagen der Datenverarbeitung und besprach dann mit den Teilnehmern, was bei der Bewertung von elektronischen Daten zu beachten ist. Mit diesem theoretischen Rüstzeug gewappnet, wagte sich die Gruppe gemeinsam an die Bewertung von vorliegenden Fachverfahrenslisten aus sächsischen Städten und Gemeinden. Sehr schnell merkten die Teilnehmer, dass die Bewertung der Listen mit archivischer Sach-

kenntnis recht eindeutig und einfach war. Insgesamt wurden drei teilweise umfangreiche Listen bewertet. Der erste und äußerst informative Tag des Workshops klang am Abend mit einer Führung durch den sehenswerten Park in Machern und einem gemeinsamen Abendessen aus.

Am zweiten Tag stand dann die Frage „Bewertungsentscheidung getroffen – was nun?“ im Mittelpunkt der Diskussion. Besonders behandelt wurden Fragen zum Aufbau des elektronischen Archivs und der Einbindung der Daten aus archivwürdigen Fachverfahren

in ein bei der Kommune verwendetes Dokumentenmanagementsystem. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass der Aufbau eines elektronischen Archivs nicht von jeder Kommune allein zu bewältigen ist, sondern dass man das in Sachsen ansässige kommunale Rechenzentrum KISA als Partner gewinnen sollte. Wesentlich war auch die Erkenntnis, dass der kollegialen Vernetzung, insbesondere bei der Archivierung elektronischer Daten, eine entscheidende Rolle zukommt. Abschließend führte Dr. Worm in das Problem der Sicherung der Einwohnermeldedaten ein. Er stellte das in Westfalen in Zusammenarbeit der Her-

stellerfirma, kommunalen Rechenzentren und Kommunalarchiven entwickelte, und kurz vor der Markteinführung stehende, Archivmodul „archivo“ vor. Es ermöglicht die Zwischenarchivierung der nach Meldegesetz zu löschenden Daten aus dem Einwohnermeldesystem MESO und ihre Zusammenführung mit den Hauptdatensätzen nach Ablauf der gesetzlichen Fristen.

Sowohl der Landesverband Sachsen im VdA als Veranstalter als auch die Teilnehmer sind dem Sächsischen Staatsarchiv und dem LWL-Archivamt für Westfalen dankbar für die gute

Kooperation und Zusammenarbeit. Die Teilnehmer fühlen sich nach dem Seminar nun besser gerüstet, ihre Verwaltungen für die schon kurz- bis mittelfristig anstehenden Aufgaben bei der Bewertung und Archivierung von elektronischen Daten zu sensibilisieren.

Grit Richter-Laugwitz
(Stellv. Vorsitzende des Landesverbands Sachsen des VdA)

„Genau messen = Herrschaft verorten“. Eine Ausstellungskooperation zwischen den Staatlichen Kunstsammlungen und dem Hauptstaatsarchiv Dresden

Unter dem Titel „Genau messen = Herrschaft verorten. Das Reißgemach von Kurfürst August, ein Zentrum der Geodäsie und Kartographie“ ist ab 23. September 2010 im Grünen Gewölbe des Dresdner Residenzschlosses eine Ausstellung zu sehen, die der Mathematisch-Physikalische Salon der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden in Kooperation mit dem Hauptstaatsarchiv Dresden veranstaltet. Sie widmet sich

anlässlich des 450jährigen Jubiläums der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden dem Reißgemach der von Kurfürst August 1560 gegründeten Kunstammer und zeigt wertvolle vermessungstechnische Geräte aus deren ursprünglichem Bestand, die sich heute im Mathematisch-Physikalischen Salon befinden. Weitere Exponate wurden als Leihgaben vom Astronomisch-Physikalischen Kabinett der Museumslandschaft Hessen

Kassel und dem GRASSI Museum für Angewandte Kunst Leipzig sowie der Rüstkammer der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden zur Verfügung gestellt. Kombiniert werden die Messinstrumente mit handgezeichneten Karten aus dem Hauptstaatsarchiv Dresden und der Sächsischen Landesbibliothek, die auf die von Kurfürst August (1553–1586) initiierte Landesaufnahme zurückgehen. Frühe gedruckte Karten stammen aus den Beständen der Ratsschulbibliothek Zwickau und dem Dresdener Kupferstich-Kabinett.



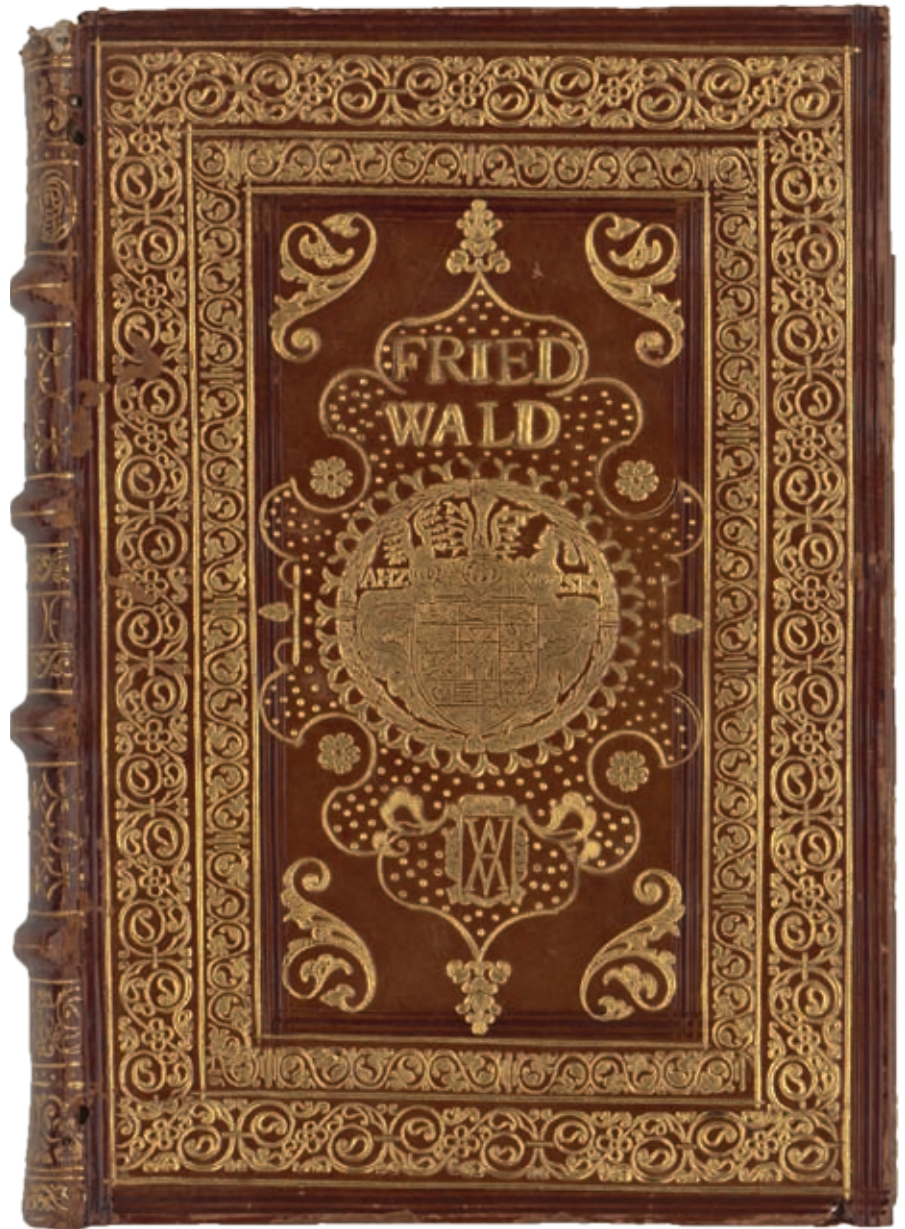
Karte der Waldungen westlich von Schwarzenberg, Matthias Öder, 1582 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 12884 Karten und Risse, Schr. 1, F. 2, Nr. 12)

Die Schau thematisiert das außergewöhnliche Interesse Kurfürst Augusts an der Vermessung seines Landes und die besondere Bedeutung, die geodätische Instrumente und Karten für den Herrscher und die Dresdner Kunstammer besaßen. Bereits deren erstes Inventar aus dem Jahr 1587 weist annähernd 1.000 Mess- und Zeicheninstrumente und einen reichen Bestand an Karten nach, unter denen die von August eigenhändig gezeichneten Blätter eine herausragende Stellung einnahmen. Dass der Landesherr sich persönlich mit Vermessungsarbeiten und dem Entwurf von Karten beschäftigt hat, ist seit langem bekannt, neu ist jedoch der Ansatz der Ausstellung, Augusts Bemühungen um eine mathematisch exakte Aufnahme des kursächsischen Territoriums als symbolische Aneignung des Herrschaftsraums und (Re-)Präsentationsform von Herrschaftswissen zu interpretieren. Dabei wird erkennbar, dass die Dresdner Kunstammer mit ihrem

Bestand an Vermessungstechnik und Karten, der sie deutlich von anderen Sammlungen ihrer Zeit abhebt, Mustersammlung und Kompetenzzentrum für die Landesaufnahme war und damit letztlich auch der herrschaftlichen Durchdringung des kurfürstlichen Territoriums dienen sollte.

Zu sehen sind einzigartige Exponate, wie der 1584 für Kurfürst August gefertigte Wagenwegmesser Christoph Trechlers d.Ä., die vom Landesherrn auf einer Reise zum Kurfürstentag in Regensburg 1575 selbst vermessene Routenrolle oder der für Kurfürst Johann Georg I. 1611 geschaffene Radmantel. Ein besonderer Ertrag der Ausstellung liegt darin, dass sie museale Instrumente und archivisches Kartenmaterial zusammenführt, die einen bislang unbekanntem Entstehungszusammenhang aufweisen. So kann sich der Besucher etwa davon überzeugen, dass einer der von Kurfürst August eigenhändig gezeichneten Waldrisse aus dem Bestand des Hauptstaatsarchivs mit einer im Fundus des Mathematisch-Physikalischen Salons überlieferten, um 1580 entstandenen Auftragsbussole gezeichnet wurde. Beide Stücke zählten zum ältesten Bestand der Dresdner Kunstkammer. Auch für weitere Archivalien des Hauptstaatsarchivs, die in der Schau gezeigt werden, lässt sich nachweisen, dass sie sich einst in der kurfürstlichen Sammlung befanden, so etwa die prachtvolle, von Matthias Öder 1582 gezeichnete Karte des Forstreviers bei Schwarzenberg (Abbildung 1) oder die 1570 bis 1573 entstandenen „Forstzeichenbücher“ in den Einbänden des Hofbuchbinders Jakob Krause (Abbildung 2).

So dokumentiert die Ausstellung ganz nebenbei auch die engen sammlungsgeschichtlichen Bezüge, die zwischen den Staatlichen Kunstsammlungen, der Sächsischen Landesbibliothek und dem Hauptstaatsarchiv Dresden bestehen. Für das Hauptstaatsarchiv, das mit einer größeren Zahl von Leihgaben beteiligt ist, war es daher eine ehrenvolle Chance, bei der Ausarbeitung der vom Mathematisch-Physikalischen Salon konzipierten Ausstellung als Kooperationspartner mitwirken zu können. Auf Grundlage einer im Mai 2010 geschlossenen Vereinbarung leistete das Archiv wissenschaftliche und organisatorische Zuarbeiten und gab finanzielle Unterstützung, während die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden das Hauptstaatsarchiv als Mitveranstalter aktiv in Marketing und Öffentlich-



Forstzeichenbuch des Friedewalds, Georg Öder II., 1572 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 12884 Karten und Risse, Forstzeichenbücher Nr. 16)

keitsarbeit einbezogen. Eine besondere Form der Zusammenarbeit ergab sich dabei auch auf dem Feld der Museums- und Archivpädagogik, die während der Ausstellung mit abgestimmten Veranstaltungsangeboten für Lehrer und Schüler auftreten werden. Nicht zuletzt die Möglichkeit, an den breiten Ausstellungserfahrungen und dem Fachwissen der Museumskollegen partizipieren zu dürfen, hat die Kooperation für das Hauptstaatsarchiv dabei zu einer positiven Erfahrung werden lassen.

„Genau messen = Herrschaft verorten. Das Reißgemach von Kurfürst August, ein Zentrum der Geodäsie und Kartographie.“ Ausstellung des Mathematisch-Physikalischen

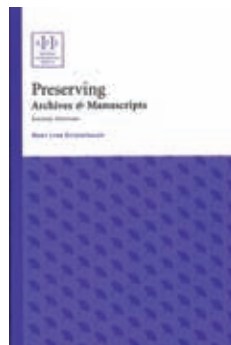
Salons in Kooperation mit dem Hauptstaatsarchiv Dresden, Residenzschloss Dresden, 23. September 2010 bis 23. Januar 2011, täglich 10 bis 18 Uhr, dienstags geschlossen → www.skd.museum

Wolfram Dolz/ Yvonne Fritz
(Staatliche Kunstsammlungen Dresden)
Peter Wiegand
(Hauptstaatsarchiv Dresden)

Rezensionen

Mary Lynn Ritzenthaler (Verf.)/Society of American Archivists (Hrsg.), *Preserving archives & manuscripts*, 2. Aufl., Chicago 2010

Die Leiterin des Konservierungszentrums für Dokumente der Nationalen Staatlichen Archivverwaltung in College Park, Maryland, Mary Lynn Ritzenthaler hat in ihrer neuesten Publikation zur Bestandserhaltung den Erkenntnisfortschritt der letzten 20 Jahre zu diesem Thema zusammengefasst und ein umfangreiches Kompendium des praktischen Umgangs und Erhalts historischer Archivalien angeboten. Mit ihrer 2. verbesserten Auflage des bereits 1993 erschienenen Buches zur Bewahrung von Archiven und Manuskripten, dass nunmehr in der Reihe „Archivische Grundlagen“, Serie II von der Gesellschaft der Amerikanischen Archivare herausgegeben wurde, kann jedes Archiv, jede Kustodie, jede Dokumentar- oder Registraturstelle die wichtigsten Kernelemente eines modernen und zeitgemäßen Bestandserhaltungsmanagements, einfache und praktische Tipps für eine wenig kostenaufwändige Erhaltungsstrategie sowie Mittel und Methoden einer kostenintensiven Langzeitarchivierung von Dokumenten kennenlernen. Per Definition ist für Ritzenthaler die Bestandserhaltung die professionelle Lehre vom Schutz des historischen Materials. Ihr muss es gelingen, die Verschlechterung des chemischen und physikalischen Zustandes der Dokumente zu verlangsamen und zur Minimierung immanenter Schäden beizutragen, um einen Verlust an Informationen zu verhindern und die Lebensdauer des Kulturgutes zu verlängern. Dabei sollen Restaurierung und Konservierung stets durch möglichst wenig invasive, immer auch



reversible Behandlungen realisiert werden und das Original so lange wie möglich in seinem Originalzustand erhalten bleiben. In den Kulturinstitutionen gilt es, ein Bestandserhaltungsprogramm zu etablieren, das folgende Elemente enthält: Zielstellung der Erhaltungspolitik, Etappen notwendiger Bestandserhaltungsmaßnahmen, Planung und Begründung von Prioritäten, Personalschulungen, Kontrolle und Begutachtung der einzelnen Maßnahmen, Erhaltungs- und Lagerungssysteme, Notfallvorsorge und Katastrophenpläne, Duplizierungs- und Konversionsmethoden, Konservierungsbehandlungen. Das Budget für die Bestandserhaltung einer Archivverwaltung sollte nach Ritzenthaler mindestens 10 bis 15 % des Gesamtetats pro Jahr ausmachen.

In den folgenden Kapiteln ihrer Publikation vertieft Ritzenthaler die endogenen und exogenen Ursachen für Schäden an Kulturgut, gibt Anleitungen für den richtigen Umgang mit Archivmaterial, insbesondere in Bezug auf die vielfältigen Quellenformen und -arten. Der Archivar sollte über die Zusammensetzung von Papieren und Klebern Kenntnisse haben, er sollte die Ursachen für den Tintenfraß und allgemein anerkannte Restaurierungsmethoden dazu kennen, er sollte über die Gefahren für fotografische Materialien, für Filme, Pergamente oder Textilien Bescheid wissen und auch in einem kleinen Archiv geeignete Schutzmaßnahmen ergreifen kön-

nen. Ein besonderes Kapitel ist deshalb der Integration von Bestandserhaltung und Archivierungsmanagement gewidmet. Fragen, wie der richtige Transport von Dokumenten, Maßnahmen der Raum- und Gebäudegestaltung, Klimatisierung, Verpackungstechniken, Hilfsmittel für die Benutzung, Umgang mit potentiell kontaminierten Dokumenten, die Schimmelbehandlung, Bedingungen für Ausstellungen oder die Notfallvorsorge werden thematisiert. Zahlreiche Grafiken und Fotos unterstützen die Aussagen zu Schäden oder Hilfsmitteln im Archivaltag. Im Anhang hilft ein kurzes 10seitiges Glossar, die wichtigsten Begriffe der Bestandserhaltung von A - wie acid (Säure) - bis W - wie watermark (Wasserzeichen) - zu verstehen. Eine ausgewählte Bibliografie zu den einzelnen Themenschwerpunkten, eine Empfehlung zur Einrichtung eines Arbeitsplatzes für konservatorische Arbeiten, eine Beschreibung grundlegender Arbeitsschritte der Bestandserhaltung - wie Reinigen von Dokumenten, Entmetallisieren, Verpacken oder Testen des pH-Wertes am Papier - sowie eine konkrete Adressenliste von zuverlässigen und geprüften Firmen, die bei der Beschaffung langzeitstabiler, konservatorisch unbedenklicher Arbeits- und Verpackungsmittel behilflich sein können, runden die Publikation ab. Das Buch überzeugt durch seine enge Verknüpfung von Praxis und Theorie der Bestandserhaltung! Es wäre zu wünschen, dass es in deutscher Übersetzung hier jeder Restaurierungswerkstatt zur Verfügung stehen könnte.

Martina Wermes
(Staatsarchiv Leipzig)

Annerose Kirchner, *Spurlos verschwunden. Dörfer in Thüringen – Opfer des Uranabbaus*, Ch. Links Verlag : Berlin 2010, 208 Seiten, 57 Abb., Broschur, ISBN 978-3-86153-569-0, 14,90 € (D)

Mitteldeutschland war und ist eine Bergbauregion. Zwar sind die sächsischen Silber- und Steinkohlenbergwerke längst geschlossen und allenfalls noch als Besucherbergwerke oder Museen erhalten, doch die Salz- bzw. Braunkohlegruben sind das wirtschaftliche



Rückgrat Mitteldeutschlands und der Lausitz, wo derzeit sogar erneut Kupfervorkommen erkundet werden.

Bergbau schafft aber nicht nur eine wirtschaftliche Existenzgrundlage für Menschen,

sondern kann diese auch bedrohen oder gar zerstören. Die Unterlagen im Sächsischen Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg berichten über gefährliche „Bergschäden“, d.h. eingebrochene Stollen, die Straßen und Häuser in die Tiefe reißen können, über sogenannte „Böschungsrutschungen“ wie jüngst im ehemaligen Tagebau bei Nachterstedt oder über „Devastierungen“, d.h. den Abriss ganzer Orte für Bergbauzwecke. Insgesamt sollen in Deutschland im 20. Jahrhundert (Gebietsstand heutige Bundesrepublik) allein wegen

der Braunkohleförderung über dreihundert Orte devastiert und mehr als einhunderttausend Menschen umgesiedelt worden sein. Diese Praxis begann in der Zwischenkriegszeit, fand später in beiden deutschen Staaten statt und wird weiterhin verfolgt. Bundesweit bekannt wurde jüngst der Fall der Ortschaft Heuersdorf südlich von Leipzig. Um dem Tagebau Schleenhain Platz zu machen, wurden die Heuersdorfer umgesiedelt, der Ort durch die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft devastiert und sogar die aus dem 13. Jahrhundert stammende romanische Emmauskirche spektakulär in das nahegelegene Borna umgesetzt. Im Rheinischen Revier laufen derzeit ähnliche Devastierungsmaßnahmen zugunsten des Tagebaus Garzweiler der RWE Power AG.

Die Devastierung für Bergbauzwecke ist weit überwiegend, aber nicht ausschließlich ein Phänomen der Braunkohlenförderung. Auch für den Uranbergbau im Erzgebirge wurden Ortschaften als Haldenplätze überbaggert oder abgesiedelt. Die entsprechenden Unterlagen finden sich ebenfalls teilweise im Bergarchiv Freiberg (Bestand 40070 Bergbehörde Karl-Marx-Stadt). Verantwortlich waren allerdings nicht die DDR-Behörden, sondern das sowjetisch(-deutsche) Bergbauunternehmen „Wismut“. Dieses wurde im Jahr 1947 gegründet, um für die sowjetische Atomrüstung das dringend benötigte Uran zu produzieren. Die Wismut war quasi ein eigenständiger Staat im SED-Staat. Das Bergbaugelände der Wismut

bildete eine administrative Sonderzone und umfasste zu Hochzeiten 1,6 Millionen Einwohner, in den Wismut-Betrieben arbeiteten weitaus mehr Menschen, als im gesamten übrigen Erz-, Kohle- und sonstigen Bergbau der DDR.

Kennzeichnend für die frühen Jahre des Wismut-Bergbaus war ein gegenüber Mensch und Natur rücksichtsloser Umgang. Was dies für die Betroffenen in den sächsisch-thüringischen Bergbauregionen bedeutete, beschreibt Annerose Kirchner in dem vorliegenden Band. Sie lässt Menschen aus Orten zu Wort kommen, deren Namen heute niemand mehr kennt. Sorge-Settendorf, Culmitzsch, Katzendorf, Lichtenberg und Schmirchau wurden abgerissen und versanken unter Halden, in riesigen Tagebaulöchern oder in Schlammteichen. Bedrückend sind diese Lebensgeschichten von Menschen, die in diesen Dörfern geboren wurden und zur Schule gegangen sind, dort gearbeitet und geheiratet haben und schließlich als junge Menschen erleben mussten, wie sie – mitunter innerhalb weniger Tage – ihre Heimat für immer verlassen mussten. Schlimmer noch als der materielle Verlust der Wohnung oder des Hofes wog dabei aber die Rechtlosigkeit der Betroffenen. Sie waren bei diesen Ereignissen Objekt der Entscheidungen der örtlichen Verwaltung, hatten sich den Interessen der Wismut zu beugen und ansonsten besser zu schweigen. Der Förderung des militärisch benötigten Erzes hatten sich alle anderen Inte-

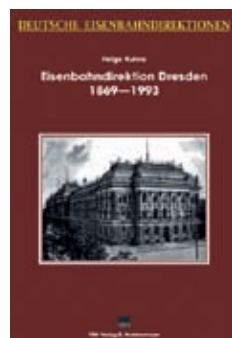
ressen unterzuordnen. Schon wer ein letztes Bild vom eigenen Dorf fotografieren wollte, machte sich strafbar und geriet in das Visier der Geheimpolizei, die von den Bewohnern der untergegangenen Dörfer nur angstvoll „Wismut-Polizei“ genannt wurde.

Heute kündigt fast nichts mehr von den untergegangenen Orten, niemand nennt mehr ihre Namen. Dort, wo bis 1951 das Dorf Sorge-Settendorf stand, steht nur noch eine einsame Kirche, an der Stelle des Ortes Schmirchau befindet sich ein von Menschenhand modellierter Hügel und wo einst Culmitzsch war, erstrecken sich jetzt die Schlammteiche einer früheren Uranfabrik. Seit 1990 saniert die bundeseigene Wismut GmbH die Hinterlassenschaften des Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen. Bis Ende 2009 wurden dafür 5,3 Mrd. Euro ausgegeben und damit fast sämtliche der 1.400 km offenen Grubenbaue verwahrt und etwa 90 % aller bergbaulich genutzten Gebäude und Anlagen demontiert. Zurück wird dann eine künstliche Naturlandschaft bleiben, die von Annerose Kirchner beschriebenen jahrhundertealten Dörfer und ihre Bewohner aber sind für immer verschwunden.

**Clemens Heitmann
(Bergarchiv Freiberg)**

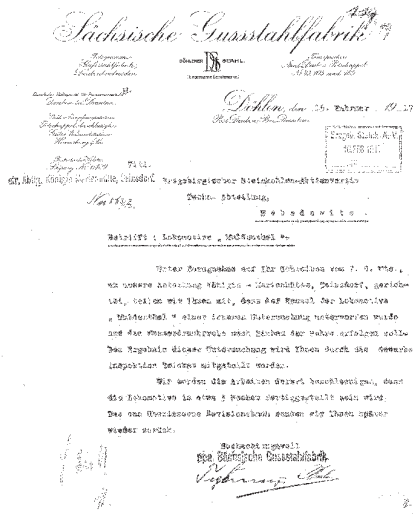
Helga Kuhne, Eisenbahndirektion Dresden 1869–1993, VBN – Verlag B. Neddermeyer: Berlin 2009, 144 Seiten, ca. 240 Abbildungen, ISBN 978-3-941712-05-8, 29,80 EUR (D)

Die Geschichte der Eisenbahn ist mit der Sachsens eng verwoben. Nachdem in Deutschland der erste Zug mit der englischen Lokomotive „Adler“ im Jahr 1835 zwischen den bayerischen Städten Nürnberg und Fürth fuhr, kam vier Jahre später erstmalig eine in Deutschland hergestellte (und im kommerziellen Regelbetrieb eingesetzte) Lokomotive anlässlich der Eröffnung der ersten deutschen Fernstrecke zwischen Dresden und Leipzig zum Einsatz – allerdings nur hinter dem Premierzug. Trotzdem steht dieses Ereignis sinnbildlich für den Beginn der sächsischen Eisenbahngeschichte, denn die Lokomotive „Saxonia“ war (nach englischem Vorbild) von dem sächsischen Ingenieur Johann Andreas Schubert entworfen und in der Maschinenbauanstalt



Übigau bei Dresden gefertigt worden. Bald darauf wurden neben der Leipzig-Dresdner-Eisenbahn-Compagnie in rascher Folge weitere private Gesellschaften gegründet, welche Strecken bauen und betreiben wollten. Doch das Kapital dieser Firmen reichte für die ambitionierten Vorhaben z. T. nicht aus. 1846 stockten die Arbeiten beim Bau der Sächsisch-Bayrischen-Bahn zwischen Leipzig und Hof, 1847 übernahm der sächsische Staat den Weiterbau und gründete dazu die „Königliche Direktion der Sächsisch-Bayrischen Eisenbahn“ – die erste sächsische Eisenbahndirektion. Bereits im Jahr darauf wurde dann die „Königliche Direktion der Sächsisch-Böhmischen Staatsbahn“ gegründet, um die Strecke Dresden – Pirna bis in das böhmische Bodenbach (Děčín) weiterzubauen

und 1850 folgte die „Königliche Direktion der Chemnitz-Riesaer Staatsbahn“ in Döbeln für den Bau und Betrieb der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn. Nachdem 1852 auch die vormalig private Sächsisch-Schlesische Eisenbahn verstaatlicht worden war, betrieb der sächsische Staat zwei von einander getrennte Eisenbahnnetze. Sie wurden im Jahr 1869 durch den Bau der Bahnlinie Dresden-Chemnitz-Zwickau verbunden. Die „Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen“ (K.Sächs.Sts.E.B.) wurden gegründet. Die vormaligen Eisenbahndirektionen wurden zur „Königlichen Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen“ in Dresden fusioniert, die Aufsicht über die Behörde oblag dem Finanzministerium. Daneben bestanden aber immer noch private Eisenbahngesellschaften, denen allerdings zunehmend Kapital fehlte. 1876 übernahm der sächsische Staat alle diese Gesellschaften, und künftig war die Eisenbahn in Sachsen ausschließlich in staatlichem Eigentum und Betrieb. Um das Eisenbahnsystem schneller und kostengünstiger ausbauen zu können,



Dokument aus der Betriebsakte der „Muldenthal“ (Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg, 40190 Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein, Nr. 1948)

entstanden zusätzlich zehn Schmalspurstrecken in der einheitlichen Spurweite 750 mm mit zuletzt (1919) über 500 Kilometern Streckennetz.

Die Weimarer Verfassung von 1919 bestimmte dann, dass die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in das Eigentum des Reiches zu übernehmen, als einheitliche Verkehrsgesellschaft zu verwalten und die Länderbahnen somit zu enteignen seien. Nach einem entsprechenden Staatsvertrag zwischen dem Reich und den Ländern wurde die Eisenbahnabteilung des sächsischen Finanzministeriums zur Zweigstelle Sachsen des nun zuständigen Reichsverkehrsministeriums. Die „Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen“ in Dresden wurde zur „Reichsbahndirektion Dresden“ umgewandelt und war mit der Zuständigkeit für nahezu ganz Sachsen die größte dieser Art der aus den einstmaligen Länderbahnen hervorgegangenen Reichsbahndirektionen. Die nächste Zäsur in der deutschen Eisenbahngeschichte folgte bereits zwei Jahre später. Nachdem der Betrieb der defizitären staatlichen Eisenbahn den Reichshaushalt ohnehin stark belastete, forderten die Weltkriegssiegermächte 1924 mit dem Dawes-Plan die Bahn komplett als Reparationspfand. Die Reichsregierung gründete daher die privatwirtschaftliche „Deut-

sche Reichsbahn-Gesellschaft“ (DRG) und belastete diese mit einer Schuldverschreibung in Höhe von elf Milliarden Goldmark zugunsten der Siegermächte. Angesichts dieser Hypothek hatte die Bahn während der Weimarer Zeit kaum Mittel für Investitionen, erst ab Mitte der 1930er Jahre ändert sich dies – allerdings unter gänzlich anderen politischen Vorzeichen. Die DRG bezeichnete sich nun selbst anspruchsvoll als „Deutsche Reichsbahn“ und wurde bald Teil des nationalsozialistischen Rasse- und Vernichtungskriegs. So wurde die Reichsbahndirektion Dresden um annektierte tschechische Gebiete erweitert und wichtiger Umschlagplatz für den militärischen Nachschub. Neben Millionen Soldaten sowie Fremd- und Zwangsarbeitern transportierte die Reichsbahn in dieser Zeit auch etwa drei Millionen Menschen in die nationalsozialistischen Vernichtungslager. Nach Kriegsende blieb der Zuständigkeitsbereich der Reichsbahndirektion Dresden weitgehend unverändert, allerdings ohne die sudetendeutschen Gebiete. Außerdem bestand kurzfristig für die unter amerikanischer Besatzung stehenden sächsischen Landesteile eine Reichsbahndirektion in Zwickau. Das Streckennetz und der Fahrzeugbestand waren allerdings durch Kriegszerstörungen und anschließende Reparaturen erheblich geschrumpft. Nach der Gründung der DDR blieben der Name Deutsche Reichsbahn ebenso wie die Reichsbahndirektion Dresden bestehen. Während der folgenden Jahre bestimmten der Wiederaufbau der kriegszerstörten Anlagen, Streckenaus- und -umbau die Reichsbahndirektion Dresden. Aber auch Streckenstilllegungen, vor allem im Bereich der Schmalspurbahnen sowie einiger Nebenbahnen, insbesondere zu den Bergbaubetrieben, wie z.B. die „Windbergbahn“ bei Freital, gab es. Das Ende der traditionsreichen Bahnbehörde brachte dann die durch die Wiedervereinigung initiierte Bahnreform. Zum Ende des Jahres 1993 wurden die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Reichsbahn aufgelöst und werden seit 1994 als privatrechtliches Unternehmen „Deutsche Bahn AG“ betrieben.

Helga Kuhne, selbst bei der Eisenbahn in Dresden beschäftigt, beschreibt in dem zu

besprechenden Buch im Zeitraffer die Entwicklung sowie Höhe- und Tiefpunkte der sächsischen Eisenbahngeschichte entlang der Geschichte der bis in das Jahr 1847 zurückreichenden Reichsbahndirektion Dresden. Der Band ist Teil einer beim Berliner Verlag Bernd Neddermeyer verlegten Reihe, mit der in loser Folge die deutschen Eisenbahndirektionen vorgestellt werden. Leider ist der vorliegende Band über weite Teile lediglich eine Komposition etwas unscharfer schwarz-weiß Fotografien sowie anderer Abbildungen. Nur eine beigelegte farbige Netzkarte ist ansprechender gestaltet. Die Texte fallen dagegen sehr knapp aus, die Zitierung ist oft unzureichend und die Literatur- oder Quellenbasis schmal. Dabei bietet allein das Sächsische Staatsarchiv diesbezüglich einen reichen Fundus. So stehen im Hauptstaatsarchiv Dresden die umfangreiche Überlieferung der vorgestellten Reichsbahndirektion (Bestand 11228 Deutsche Reichsbahn, Reichsbahndirektion Dresden) sowie eine Vielzahl weiterer einschlägiger Bestände (u. a. 12901 Bahnbetriebswerk Dresden, 11698 Reichsbahnausbesserungswerk Dresden) für Eisenbahninteressierte bereit. Außerdem verwahren die Abteilungen des Sächsischen Staatsarchivs zahlreiche Bestände mit wertvollen Unterlagen zur sächsischen oder gar deutschen Eisenbahngeschichte. Und nicht zuletzt verfügt das Bergarchiv Freiberg über die Betriebsakte der Lokomotive „Muldenthal“ (Bestand 40190 Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein, Nr. 1948). Die 1861 von der Chemnitzer Maschinenbaufabrik Richard Hartmann hergestellte Tenderlokomotive war bis 1952 in einem Steinkohlenwerk im Einsatz. Seit 1956 ist das Fahrzeug im Verkehrsmuseum Dresden zu besichtigen und ist im Jahr des 175. Eisenbahnjubiläums die älteste erhaltene deutsche Lokomotive überhaupt (denn der „Adler“ und die „Saxonia“ im Verkehrsmuseum Nürnberg sind lediglich nicht-originalgetreue Nachbauten).

Clemens Heitmann
(Bergarchiv Freiberg)

Sächsisches Archivblatt

Mitteilungen des Sächsischen Staatsarchivs

Heft 2 / 2010

Titelbild:

Ausschnitt aus einer Karte der Waldungen westlich von Schwarzenberg, Matthias Öder, 1582 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 12884 Karten und Risse, Schr. 1, F. 2, Nr. 12)

Adressen

Sächsisches Staatsarchiv

Zentrale Aufgaben, Grundsatz

Wilhelm-Buck-Straße 4, 01097 Dresden

Telefon 0351 564-3740, Telefax 0351 564-3739, E-mail: poststelle@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Hauptstaatsarchiv Dresden

Marienallee 12, 01099 Dresden

Telefon 0351 8006-0, Telefax 0351 8021274, E-mail: poststelle-d@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Staatsarchiv Leipzig

Schongauerstraße 1, 04328 Leipzig

Telefon 0341 25555-00, Telefax 0341 25555-55, E-mail: poststelle-l@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Staatsarchiv Chemnitz

Schulstraße 38, 09125 Chemnitz

Telefon 0371 33479-0, Telefax 0371 33479-22, E-mail: poststelle-c@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Bergarchiv Freiberg

Schlossplatz 4, 09599 Freiberg

Telefon 03731 3946-10, Telefax 03731 3946-27, E-mail: poststelle-f@sta.smi.sachsen.de

Archivverbund Bautzen

Staatsfilialarchiv Bautzen

Schlossstraße 10, 02625 Bautzen

Telefon 03591 531086, Telefax 03591 42647, E-mail: archivverbund@bautzen.de

Im Internet finden Sie uns unter:

www.archiv.sachsen.de



Impressum

Herausgeber:

Sächsisches Staatsarchiv, Wilhelm-Buck-Str. 4, 01097 Dresden
Telefon: +49 351 564-3740
Telefax: +49 351 564-3739
E-mail: poststelle@sta.smi.sachsen.de

Redaktionsbeirat:

Dr. Peter Hoheisel (Bergarchiv Freiberg)
Raymond Plache (Staatsarchiv Chemnitz)
Birgit Richter (Staatsarchiv Leipzig)
Dr. Peter Wiegand (Hauptstaatsarchiv Dresden)

Redaktion:

Michael Merchel (Zentrale Aufgaben / Grundsatz)
E-Mail: michael.merchel@sta.smi.sachsen.de

Satz und Druck:

MAXROI Graphics GmbH

Redaktionsschluss:

11.10.2010

Bezug:

Diese Druckschrift erscheint halbjährlich und kann beim Sächsischen Staatsarchiv kostenfrei bezogen werden.

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeit des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.